

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

143 (24.6.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADENS

Anzeigenpreise Die 10gerippten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig o. bei Wiederholung Rabatt nach Text, der bei Nichterhaltung des Zeitungspreises, bei geschickter Darstellung und bei Anzeigen außer Kraft tritt o. Gefälligkeits- und Berichtstexte 12 Pfennig. o. Schrift der Anzeigen-Abnahme 6 Pfennig vorzuzahlen.

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikrevue / Sport und Spiel / Die Welt der

30 Jahre Preis monatlich 2,50 Mark o. ohne Inflation 2,20 Mark o. durch die Post 2,00 Mark o. Gaydortortul 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postzeitung 2000 Mark o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2., Wehlstraße 23 o. Jernstr. 7020 und 7021 o. Postfach-Nr. 2144. Druck: Hauptstraße 9, D.-Dobner, Jagdstraße 12, Postfach, Hauptstraße 2, Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 143

Karlsruhe, Mittwoch, den 24. Juni 1931

51. Jahrgang

Sozialdemokratie und Notverordnung

Beseitigung der Härten dringlichst gefordert - Sanierung der Finanzen bleibt unangetastet - Brüning muß jetzt sein Wort einlösen

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat unter dem 23. Juni folgendes Schreiben an den Reichstanzler gerichtet:

„Der amerikanische Vorschlag eines internationalen Moratoriums für die Regierungsschulden eröffnet die Aussicht auf eine beträchtliche Erleichterung der Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands. Obgleich der Vorschlag noch der Zustimmung der beteiligten Mächte bedarf, halten wir es für dringend erforderlich, die zugesagten Bepfehlungen über die Abänderung der Notverordnung nun sofort einzuleiten. Die in der Notverordnung enthaltenen Härten werden, wenn das Moratorium zustandekommt, von den betroffenen Schichten als besonders unerträglich empfunden werden. Wir sind uns bewußt, daß nach wie vor alle Anstrengungen Deutschlands auf die Sanierung der öffentlichen Haushalte gerichtet bleiben müssen. Wir weisen deshalb nochmals darauf hin, daß die von uns geforderten Abänderungen dieses finanziellen Ziel durchaus nicht in Frage stellen. Die von Ihnen vorgeschlagene Verschiebung der Abänderung der Notverordnung beruht auf der Annahme einer späteren Ausführung der Reparationsfrage. Nunmehr besteht kein Hindernis mehr, unmittelbar nachdem das Moratorium gesichert ist, die Abänderung der Notverordnung vorzunehmen. Das gilt umso mehr, als die Entlastung durch den allgemeinen Schuldenerlass viel weiter geht, als es bei der Inanspruchnahme des Transferratoriums der Fall gewesen wäre.“

Wir verneinen nicht, daß der Plan des Präsidenten Hoover zu einem Anlaß zu übertriebenen Hoffnungen geben darf. Der Grundgedanke der Finanzierung muß ausreicht erfüllt werden. Trotzdem müssen aber auch die einschneidenden Abbaumaßnahmen der Notverordnung gemildert und die schwereren Steuerlasten abgemildert werden. Diese Maßnahmen dürfen nur dem Zweck dienen, die durch den Lohn- und Sozialabbau viel zu weit eingeschränkte Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung zu verbessern. Die werktätigen Schichten haben bisher die schwersten Opfer für die Finanzierung gebracht. Deshalb haben sie einen berechtigten Anspruch darauf, daß ihnen hinsichtlich aller Erleichterungen zugutekommen. Nur wenn das geschieht, wird die finanzielle Entlastung Deutschlands die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung und die politische Behebung werden.“

Unter diesen Umständen wiederholen wir das dringende Ersuchen an die Reichsregierung, alsbald mit den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Verhandlungen über die Abänderung der Notverordnung einzutreten.

Der Eifer, mit dem die Reichsregierung voreiligen Anträgen an die durch das Moratorium herbeizuführenden Erparnissen entgegentritt, ist an sich vollkommen gerechtfertigt. Nicht nur, weil Hoovers Vorschlag bis jetzt noch nicht die Zustimmung aller beteiligten Mächte gefunden hat, sondern vor allem auch, weil das deutsche Volk sich hüten muß, die Auswirkungen seiner Durchführung auf die deutschen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse zu überschätzen. Man hat vielfach noch immer den Eindruck, als ob breite Schichten sich noch nicht klar darüber geworden wären, an welchem Abgrund wir vor wenigen Tagen standen, und wie groß die Katastrophe sein würde, wenn die amerikanische Aktion unterblieben wäre, oder jetzt, nachdem sie erfreulicherweise eingeleitet worden ist, an irgend welchen Widerständen scheiterte.

Es muß deshalb noch einmal daran erinnert werden, daß auch durch die Notverordnung das Defizit in den öffentlichen Haushalten noch keineswegs gedeckt ist. Es verbleibt ein Schuldenbetrag von rund einer Milliarde Mark, der ausschließlich zu Lasten der Länder und Gemeinden geht. Er müßte, wenn keine Erleichterung der Reparationslasten erfolgte, in einen neuen Abbau bei sozialen und kulturellen Ausgaben, bei Beamtengehältern, Arbeiterlöhnen usw. ausgeglichen werden. Dazu kämen dann in der nächsten Zeit neue Defizitquellen, einmal infolge der ungünstigen Finanzlage bei den Trägern der Sozialversicherungen (Anwartschaften, Krankenkasse, Unfallversicherung) und sodann durch Steuerausfälle, die sich in der Aufstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 1932/33 sehr stark fühlbar machen würden.

Wir mühten, wenn die Reparationszahlungen nicht wegfielen, mit bisher ungedeckten Fehlbeträgen rechnen, die möglicherweise noch über die Entlastungen hinausgehen, die Deutschland von dem Hoover'schen Vorschlag zu erwarten hat. Diesen ersten Tatsachen haben wir uns Gesichts zu zeigen, und wenn die Sozialdemokratie in einem Schreiben an den Reichstanzler um eine alsbaldige Aufnahme der Verhandlungen über die Abänderung der Notverordnung ersucht, so stellt sie auch diesmal wieder die Notwendigkeit der Finanzierung in den Vordergrund. Diese Voraussetzung ist für uns heute noch immer genau so maßgebend, wie sie es in allen früheren Stadien war. Die Abänderungen der Notverordnung, wie wir sie fordern, sollen ihren finanziellen Gesamteffekt nicht beeinträchtigen. Worauf es uns ankommt, ist die gerechtere Verteilung der Lasten. Wir fordern in erster Linie die Umgestal-

tung der Krisensteuer, den Verzicht auf die Subventionspläne, die Erhöhung einer Ausgleichtsteuer von den inländischen Benzin- und Benzol-erzeugern und wollen auf diese Weise Summen freimachen, die zur Beseitigung der Härten und unerträglichen sozialpolitischen Abbaumaßnahmen verwendet werden können.

Man sollte annehmen, daß unser Verlangen von der Regierung und von den bürgerlichen Parteien als berechtigt anerkannt werden müßte. Der Reichstanzler hat uns in der vergangenen Woche mehrfach versichert, daß die Abänderung der Notverordnung diskutiert und zum Abschluß gebracht werden

könne, sobald der beabsichtigte Schritt in der Reparationsfrage getan sei. Damals dachte er und dachten wir nur an die Erklärung des Transferratoriums, das zunächst nur eine geringfügige Entlastung gebracht haben würde. Um wieviel dringender ist die Aufnahme von Verhandlungen, wenn ein Moratorium gewährt wird, bei dem im laufenden Rechnungsjahr die deutschen Ausgaben um weit über eine Milliarde Mark gekürzt werden und außerdem, wie man wohl hoffen darf, dazu beitragen werden, die materielle und psychologische Voraussetzung für eine Wiederbelebung der Wirtschaft zu schaffen.

Frankreich und Hoovers Vorschlag

Französisches Kabinett stimmt im Prinzip Hoover zu

Bürgerliche Fraktionen gespalten - Sozialdemokratie begrüßt Hoovers Vorschlag

Paris, 23. Juni (Via. Draht). Der französische Ministerrat hat am Dienstag keine Beschlüsse über den amerikanischen Vorschlag auf Mittwoch verabschiedet, aber eindeutig anerkannt, daß er Amerika am Mittwoch bestimmt antworten werde. Finanzminister Glandin und Budgetminister Pietri haben sich allem Anschein nach mit Verstand im Prinzip einverstanden erklärt, den Hoover'schen Vorschlag anzunehmen. Allerdings unter der Bedingung, daß der Mechanismus des Youngplans als solcher aufrecht erhalten bleibt, so daß die Rechte Frankreichs auf die Wiederaufnahme der bedingungslos zu leistenden Zahlungen des Youngplans nach Ablauf des Feierjahres gesichert bleiben. Außerdem hat Glandin und Pietri mit Briand darüber eingeplaudert, daß eine großzügige Kreditpolitik zugunsten Deutschlands ins Auge gefaßt werden muß.

Die Haltung des Kabinetts hat den heftigsten Jörn der Rechte und vor allem der Herren Franklin Bouillon und Marin hervorgerufen. Sie stützten sich dabei auf die jüngsten Erklärungen des Ministerpräsidenten Laval, nach der in der Außenpolitik nichts mehr ohne vorherige Information der Kammer beschlossen werden darf. Briand scheint die Hoffnung zu haben, daß Amerika endgültig aus seiner bisherigen zurückhaltenden Stellung gegenüber Europa herausgegeben werde und damit auf allen Gebieten für die zukünftige Entwicklung neue Wege geöffnet werden. Wie die Kammer die von der Regierung noch endgültig zu formulierenden Beschlüsse aufnehmen wird, läßt sich einstweilen nicht sagen. Gegenwärtig herrscht Sturmstimmung, die auf die außenpolitischen Faktoren und auf die Möglichkeit zurückzuführen ist, daß durch die jüngsten Ereignisse eine Krisensituation heraufbeschworen werden könnte. Die meisten Fraktionen sind hinsichtlich der Meinung über Hoovers Vorschlag gespalten.

Keinerlei Meinungsverschiedenheiten haben sich innerhalb des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes gezeigt, der am Dienstag zu der Beschlusse Hoovers eine Erklärung beschlossen hat. Sie beginnt mit einem Rückblick auf die Vorgänge seit dem Ende des Krieges, erinnert an die Beschlüsse der Sozialistischen Internationale und begrüßt den Hoover'schen Vorschlag, der in einem Augenblick erfolgt sei, in dem sich im Westen Europas ein wirtschaftlicher Zusammenbruch vorbereitet habe, der überall tiefste Rückwirkungen gehabt habe, als einen Schritt der Zusammenarbeit der Völker wieder in das normale Gleis bringen kann. Die Erklärung wird allerdings dem Manifest vor, daß es noch immer die internationalen Schulden und die Reparationszahlungen auf eine Stufe stelle. Der Vorstand der Sozialistischen Fraktion gibt in seiner Erklärung schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß Regierung und Parlament der Hoover'schen Anregung zustimmen werden und betont dabei, daß die bedingungslos zu leistenden Zahlungen, die zu einem schweren Teil schon mobilisiert seien, und in ihrer Gesamtheit mobilisiert werden müßten, von jeder nach der Auffassung der Sachverständigen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt waren, und zwar auf Grund eines Rechtsprinzips, das über allen sogenannten Vertragsrechten stehe. Es dürfe keine Verweigerung der internationalen Schulden mit den Reparationszahlungen und keine Verjährung der Reparationen geben. Notwendig sei, daß wenn in diesem Jahr dem Hoover'schen Vorschlag entsprechend, sämtliche Zahlungen

Deutschlands, die geschuldeten, wie die ungeschuldeten, einstellt würden, zu gleicher Zeit Deutschland langfristige und billige Kredite gewährt würden und zwar unter der Kontrolle des Völkerbundes und der V.33. Der bedingungslos zu leistende Teil der Youngschulden könnte von Deutschland eventuell in Mark an die Kasse der V.33. gezahlt werden, um der Welt, die für die Sanierung notwendiger Kreditoperationen zu ermöglichen.

In der Erklärung der Sozialisten wird zum Schluß noch die

Söffnung ausgesprochen, daß durch die verschiedenen Maßnahmen, die getroffen werden müßten, eine Entspannung eintrete, die auch das notwendige Werk der Abklärung in günstigem Sinne beeinflussen würde.

Der Intransigent will am Dienstag aus guter Quelle erfahren haben, daß der von Hoover vorgeschlagene Zahlungsaufschub nicht nur auf ein Jahr, sondern für zwei Jahre gelten soll. Um die durch den Einnahmestopp in den Budgets der internationalen Länder entstehenden Defizits auszugleichen, solle beschleunigt eine von den Amerikanern und der alliierten Ländern garantierte Anleihe von 3 Milliarden Dollars aufgenommen. Die Verhandlungen darüber würden in der nächsten Zeit stattfinden.

Die französische Antwort an Hoover

Paris, 24. Juni. Ministerpräsident Laval, Außenminister Briand, Minister Glandin und Staatssekretär Boncet haben gestern Abend in einer Sitzung den Entwurf der französischen Antwort an Präsident Hoover fertiggestellt.

In einer Unterredung teilte Ministerpräsident Laval dem Botschafter der Vereinigten Staaten die Grundzüge der Antwort mit. Wie Laval mitteilt, scheint der Inhalt der Antwort mit der Auslassung des diplomatischen Mitarbeiters übereinzustimmen, daß nämlich Frankreich auf die Zahlung der ungeschuldeten Annuitäten 1931/32 besteht, die Summe aber zum internationalen Zahlungsausgleich zur Verfügung stellt. Um das durch das Ausbleiben der deutschen Zahlungen dem französischen Staat erwachsende Defizit zu decken, werde Frankreich kurzfristige Schatzscheine ausgeben.

Brüning für deutsch-französische Zusammenarbeit

Berlin, 23. Juni. Reichstanzler Dr. Brüning sprach heute Abend über den Deutschlandsender in längeren Ausführungen zu dem Vorschlag des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf einjährigen Zahlungsaufschub. Er begrüßte dabei aufs herzlichste diesen Plan, der gleichzeitig den Zweck verfolge, die politischen Beziehungen zwischen Frankreich und den anderen europäischen Ländern von störenden Spannungen zu befreien und eine auf überzeugter Zusammenarbeit der Staaten beruhende friedliche Weiterentwicklung zu fördern und zu festigen. Das Geben Europas und der Welt, so führte der Kanzler weiter aus, hänge davon ab, daß diejenigen, die ein tragisches Geschick im Weltkrieg zu Feinden werden werden, nunmehr sich zu Entschlossenem aufrufen, welche die bestmögliche Not der Stunde von allen Regierungen und Völkern fordert. Die deutsche Regierung sei bereit, mit allen Kräften an der Erreichung dieses Zieles mitzuarbeiten. Je mehr die schwere wirtschaftliche und soziale Not in Deutschland sich mildere, umso stärker und einmütiger werde seine Bereitschaft und seine Fähigkeit hervortreten, ein Vorkommnis der Ruhe und Ordnung in Europa zu sein. In allem spiele die zukünftige Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eine besondere wichtige Rolle. Hierbei sprach Reichstanzler Dr. Brüning seine feste Überzeugung aus, daß sich trotz mancher in letzter Zeit hervorgetretenen Hemmnisse bei beiderseitigem gutem Willen Mittel und Wege finden lassen würden, um das Uebereinstimmende und Gemeinsame in den Interessen der beiden Länder in den Vordergrund zu bringen. Das Bestreben der von ihm geleiteten Regierung sei es, über Vermittlung des Augenblicks hinaus vorwärts zu denken und alles sachlich Verantwortbare zu tun, um die großmütige Aktion des Präsidenten Hoover ihrem verdienten und im Interesse Europas und der Welt notwendigen Erfolge zuzuführen. Sei die Einigung über das Feierjahr zustande gekommen, so werde es umso leichter sein, in offener Aussprache den Weg frei zu machen für eine großzügige praktische Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs. Er, der Reichstanzler, würde es begrüßen, wenn sich für eine solche einleitende Aussprache eine Gelegenheit fände, wie sie neulich in Chequers für eine Erörterung zwischen Deutschland und England sich geboten habe.

Das Sowjetparadies

Von Kurt Pohle, M. d. R.

Genosse Pohle, eines der jüngsten Mitglieder der Reichstagsfraktion, hat kürzlich einen glänzend gelungenen „Ausflug“ nach Sowjetrußland unternommen. Es ist ihm gelungen, unerkannt, fernab von den „offiziellen“ Weltgesellschaften über Moskau nach Obeß zu reisen und die Arbeitsverhältnisse im getriebenen Land der Kommunisten zu studieren. Im folgenden berichtet er über seinen Bericht:

Moskau, das Hauptziel aller Fremden, enttäuscht in vieler Hinsicht. Holpriges Pflaster der Haupt- und Nebenstraßen, schmucklose Höfe, die niemand säubern will, weil keiner den Anfang macht, Menschen in der ärmlichsten Kleidung, geschlossene Läden oder leere Lebensmittelgeschäfte — das ist das äußere Stadtbild.

Die Befestigung von Fabrikbetrieben macht in der Regel erhebliche Schwierigkeiten. Vor den Türen steht ein Posten mit aufgepflanztem Bajonett.

Das ist nicht nur bei den Betrieben in Moskau der Fall, sondern überall. Eine Fabrik, in der hauptsächlich Gummischuhe hergestellt werden, machte auf die Besucher einen sonderlichen Eindruck. Der Betrieb ist gut eingerichtet; gearbeitet wird am laufenden Band. An den Wänden sämtlicher Räume sind „viellagende Plakate“ angebracht, mit denen eine aufdringliche Propaganda für den Fünf-Jahres-Plan gemacht wird. Damit die Leistungen der Arbeiter nicht zurückgehen, zwingen Plakate folgenden Inhalts zu intensiver Tätigkeit: „Nicht schlapp werden, Genosse!“

oder „Steigere deine Leistung!“, weiter heißt es: „Der Fünf-Jahres-Plan muß erfüllt werden!“ Diese „Sprüche“ sollen vor allem die Arbeiter zur Hundert-Prozent-Leistung, die nach Möglichkeit noch überschritten werden soll, anspornen. In den Arbeitspausen tritt der Lautsprecher in Tätigkeit, nicht etwa, um den Arbeitern Konzerte zu bieten, sondern nur deswegen, den Arbeiter wieder an seine Produktionspflichten zu mahnen.

In einem Kinderheim, das 30 Kindern Unterkunft gewährt, wird ebenfalls lebhaft Propaganda für Sowjetrußland gemacht. Überall sieht das Kind ein Bild Lenins. Dieser wird als Vorbild angepriesen. Lenin wird Christus gleichgestellt.

Der 1. Mai in Moskau wurde in folgender Weise gefeiert: Früh um 5 Uhr wurden die ersten Vorbereitungen zu einem riesenhaften Truppenaufmarsch getroffen. Tanks rollten heran, Artillerie, Kavallerie und Infanterie — 150 000 Mann — waren um 9 Uhr auf dem Roten Platz aufmarschiert. In wenigen Sähen überbrachte ein Offizier die Grüße des Sowjetstaates an die Genossen — und wackeltrend zog jeder in sein Quartier zurück.

Mit solchem Kriegsspiel wird der Tag für den Völkerrfrieden in Rußland gefeiert. Abends erfolgte eine Beleuchtung des Kreml und im Scheinwerferlicht wurde die rote Fahne sichtbar. Bei diesen Zeremonien — die sich alljährlich ganz programmäßig wiederholen — bleibt die Seele des russischen Arbeiters unberührt,

was dadurch noch besonders dokumentiert wird, daß nach Beendigung der Morgenfeier die Symbole des 1. Mai, wie Fahnen, Plakate usw., an allen Hauswänden stehen gelassen wurden. Die Beschaffung des täglichen Lebensbedarfs macht den Bewohnern ganz erhebliche Schwierigkeiten.

Das Schlangensehen, wie es bei uns während des Krieges gemacht wurde, ist heute in russischen Städten unerlässlich. Um 1 Uhr nachts nimmt das seinen Anfang, und mit bestaunlicher Beharrlichkeit lassen sich die Leute durch nichts von ihrem Platz abbringen. Trotz Lebensmittelkarte wird nicht garantiert, daß jeder sein vorgeschriebenes Quantum erhält. So kommt es vor, daß anstatt 1200 Gramm Zucker monatlich nur ein Viertelpfund verabreicht wird. Daß es mit anderen Lebensmitteln — außer Kartoffeln — in ähnlicher Weise gehandhabt wird, steht ganz außer Zweifel. Damit kommt der von den Kommunisten geprägte Satz: „In Rußland Arbeit und Brot, in Deutschland Hunger und Not!“ richtig zur Geltung.

Kein deutscher Arbeitsloser möchte unter solchen traurigen Zuständen mit einem Rubel tauschen.

Die Preise für Kleidung und Lebensmittel stehen in Rußland in keinem Verhältnis zu den Löhnen. Ein Rubel wird bei uns mit 2.16 gewertet. In Rußland gilt ein Rubel nach deutschem Gelde nur noch 55 Pfennig. Ein ausländischer Feinmechaniker verdient monatlich 350 Rubel, der Fabrikdirektor erhält ebenfalls nicht mehr an Gehalt.

Und die Preise?

Ein Durchschnittslohn kostet 60 bis 70 Rubel, zwei Pfund Kartoffeln einen Rubel, eine Flasche Bier einen Rubel. Für einen kleinen Teller Salat werden im Hotel vier Rubel gefordert. Hiermit soll nur an wenigen Beispielen gezeigt werden, daß Löhne und Preise absolut nicht in Einklang gebracht werden können.

Dabei ist der Einfluß der Gewerkschaften auf Löhne und Preise gleich Null.

Die Regierung läßt sich bei ihrer Kontrolle auf die Löhne von niemandem reinreden. Somit sind die Gewerkschaften auf ihre kulturelle Tätigkeit beschränkt.

Aber die deutschen Kommunisten glauben keine der angeführten Tatsachen. Für sie gibt es nur noch eine Ueberzeugungsmöglichkeit: ein mehrwöchiger Aufenthalt in Sowjetrußland.

Ich ging mit der Hoffnung nach Rußland, wenigstens eine positive Richtlinie für den „Zukunftstaat“ zu finden, aber ich mußte enttäuscht zurückkehren. Das russische Volk mit seiner unangenehm Anspruchslosigkeit in jeder Beziehung ist einer Teilnahmslosigkeit unterworfen, die keinerlei Abwehrgedanken aufkommen läßt.

Für kultivierte Staaten kann Sowjetrußland auf unabsehbare Zeit als Musterstaat nicht in ernsthafte Erwägung gezogen werden.

Wie das Journal meldet, hat der Direktor der sowjetrussischen Handelsvertretung in Paris, Domagalewski, der Kasse des Pariser Vorkaufers, sein Amt niedergelegt. Er war bei der Moskauer Regierung in Ungnade gefallen und hatte den Befehl erhalten, nach Moskau zurückzukehren. Domagalewski weigerte sich, diesem Befehl nachzukommen und ist nun der von dem früheren Vorkaufersrat Besedowski geleiteten Kampforganisation gegen die Volkswirtschaftsbehörde beigetreten.

Börse reagiert auf Hoover

Stimmungspolitik ohne praktische Ziele

Die Berliner Börse hat eine beispiellose Aufregung erlebt. Ob die Kurse aber auch in den nächsten Tagen steigen werden, ist eine andere Frage.

Mit Stimmungen, wie sie durch die Hoover'sche Aktion ausgelöst worden sind und die zu der Montaghaufe führten, befreit man nicht die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die nun schon seit Wochen von Tag zu Tag stärker auf die Börse drücken. Mit Stimmungen werden vor allem die Verluste nicht beseitigt, die die Wirtschaft in den hinter uns liegenden Konjunkturjahren nicht durch zu hohe Löhne, nicht durch zu hohe Steuern und sicherlich nicht durch Sozialbelastung, sondern durch Ueber Spekulation, durch mangelnde Kontrolle, durch Uebererschätzung und in vielen Fällen durch Leichtsinn und Freivolität erlitten hat. Das ist ein besonderer Komplex der Börse, der allgemein interessiert und der durch die notwendig gewordene Kreditverknappung in nächster Zukunft wohl akut werden wird.

Wiel hängt selbstverständlich davon ab, wann Deutschland den sogenannten Bereitschaftskredit — man nennt eine Summe von 300 Millionen Dollars — erhält, womit die Reichsbank ihre Devisenpolster auffüllen kann. Selbstverständlich ist das Projekt Hoovers ein Vertrauensvotum für das deutsche Volk und für die deutsche Wirtschaft. Das Projekt besagt, daß Amerika die Finanzsolidität Deutschlands auf die Wirtschaftskrise zurückführt und daß es das Vertrauen hat, in normalen Zeiten sein Geld auf Heller und Pfennig von Deutschland zu bekommen. Dies Vertrauensvotum ist gewissermaßen ein psychologischer Bereitschaftskredit. Das Vertrauen zu Deutschland würde aber eine ungeheure Befestigung durch einen solchen Bereitschaftskredit erhalten.

Auf dem Devisenmarkt hat sich die Situation völlig geändert. Am Samstag sprach man noch von weitgehenden Vorratsverbindungen, die sicherlich zum Teil in neuen Kreditverbindungen begründet waren. Am Montag will man sogar Devisenangebote beobachtet haben. Jedenfalls lagen am Devisenmarkt am Montag Anforderungen so gut wie gar nicht vor, was der Mark sehr zugute gekommen ist.

Die deutsche Zustimmung zum Vorschlag Hoovers

W.B. Washington, 23. Juni. Der deutsche Geschäftsträger hat heute die Annahme des Vorschlages Hoovers durch die deutsche Regierung überreicht.

Die Mißvergnügten



Die Herren am Fenster: „Ein Jahr Ruhe verordnet er ihm! Was sollen wir denn in der Zeit machen!“

Die Auswirkung von Hoovers Angebot

Praktische Einzelheiten

Das Angebot von Hoover, alle Schuldensummen der Regierungen, die im Jahre vom 1. Juli 1931 bis zum 1. Juli 1932 fällig sind, aufzuschieben, ist an die Vorbedingung geknüpft, daß weni-

stens die wichtigsten europäischen Gläubigerländer seiner Aufforderung folgen. Die ganze Bedeutung dieser Vorbedingung erstreckt sich auf folgende Gegenüberstellung:

Amerika soll im Jahre 1931/32 von seinen Schuldnern insgesamt 247 Millionen Dollars oder rund 1037 Millionen Mark bekommen, während Deutschland vom 1. Juli 1931 bis zum 1. Juli 1932 rund 1702 Millionen Mark zahlen muß. Nicht alle amerikanischen Schuldner sind unalisch deutsche Gläubiger. Wenn wir nur die wichtigsten deutschen Gläubiger, d. h. England, Frankreich, Italien, Belgien und Jugoslawien in Betracht ziehen, so haben sie zusammen an Amerika rund 978 Millionen Mark zu zahlen und von Deutschland rund 1596 Millionen Mark zu erhalten, von denen allerdings etwa 60 Millionen, die den Schuldendienst der Young-Anleihe darstellen, auch heute nach dem Angebot von Hoover bezahlt werden müssen. Es bleibt eine Differenz zwischen 1636 und 978, also 657 Millionen Mark, die diese Gläubiger Deutschlands zusammen mehr von Deutschland bekommen, als sie an Amerika zu zahlen haben. Das eigentliche Problem besteht also darin, ob sich die europäischen Gläubiger Deutschlands zum Aufschub dieser Summe bewegen lassen. England, für welches dieses Problem übrigens nicht besteht, und Italien haben ihre Zustimmung zu dem Angebot von Hoover bereits erklärt. Man darf annehmen, daß die von Hoover vorgeschlagene Regelung verwirklicht werden kann, wenn von den sonstigen deutschen Gläubigern wenigstens der weitaus größte, nämlich Frankreich, seine Zustimmung gibt.

Wir unterlassen hier vorläufig mühselige Einzelberechnungen. Im großen ganzen handelt es sich darum, daß Frankreich Deutschland den Aufschub subillit, zwischen dem, was es an Amerika und England zu zahlen hat, was es von Deutschland erhalten soll. Diese Differenz würde für das Jahr vom 1. Juli 1931 bis zum 1. Juli 1932 etwa unter 400 Millionen liegen, von denen etwas über 300 Millionen durch die Schieferungen gedeckt werden sollen. Es läßt sich nicht bestreiten, daß eine solche Summe für den französischen Etat keine geringe Bedeutung hat. Nun muß dabei berücksichtigt werden, daß Frankreich auch in dem Falle, wenn Deutschland einen Transferrauschlag erklärt, seinen Anteil aus dem un-aufschubbaren Teil der deutschen Zahlungen bei der B.Z. (Bank für internationale Zahlung) deponieren muß, so daß auch in diesem Fall die deutschen Zahlungen für den französischen Staat nicht in Frage kommen würden. Der Unterschied besteht allerdings darin, daß im Falle des deutschen Transferrauschlages Frankreich für die von ihm deponierten 500 Millionen Mark die Verzinsung zu- steht.

Für Deutschland bietet die von Hoover vorgeschlagene Regelung große Vorteile im Vergleich mit dem Vorschlag des Young-Plan. Dieses Moratorium würde Deutschland im ersten Jahre seiner Wirtschaft für die Uebertragung an das Ausland um rund 420 Millionen Mark ermäßigen, während die Regelung nach dem Hoover'schen Vorschlag nicht nur die Uebertragung, sondern auch die Aufbringung von bedeutend größeren Summen, nämlich von insgesamt 1640 Millionen — falls die Verständigung mit allen Gläubigern erreicht wird — aufschieben würde. Wir wissen aber, daß die Hauptschwierigkeit der deutschen Lage jetzt nicht in der Uebertragung, sondern in unverschämter größerer Masse in der Aufbringung der Reparationszahlungen besteht. Die Aufbringung und wiederum nur von viel geringeren Summen kann nach dem Young-Plan nur dann aufgeschoben werden, wenn das Transferratorium schon ein volles Jahr in Kraft ist. Es wäre also für Deutschland in diesem Falle keine finanzielle Entlastung eher als in den letzten Monaten des Jahres 1932 möglich.

Deutschland hat daher alles Interesse daran, daß der amerikanische Vorschlag im Sinne Hoovers angenommen wird.

Deutsche Goldsendung an die Federal Reservebank unterwegs

London, 23. Juni. Eine Goldsendung im Werte von 14 600 000 Dollar, die von der Reichsbank an die Federal Reserve-Bank abgefandert wurde, ist s. Z. unterwegs. Dieses Gold war von Hamburg aus mit dem Postdampfer „Newark“ abgegangen, bevor die Erklärung Hoovers bekannt war. Man glaubt hier, daß infolge der besseren allgemeinen Lage weitere Goldsendungen der Reichsbank nicht mehr nötig sein werden.

Eine Sachverständigenkonferenz?

W.B. London, 23. Juni. Eine Kenter zu wissen glaubt, herrscht in Londoner politischen Kreisen die Ansicht, es sei nicht un-wahrscheinlich, daß es schon in allernächster Zeit zu einer Sachverständigenkonferenz aller an der Hoover-Aktion beteiligten Mächte kommen werde.

Kabinettskrisen in Oesterreich

Scipels Niederlage

Aus Wien wird uns geschrieben: Die neue österreichische Bundesregierung unterscheidet sich von ihrer Vorgängerin dadurch, daß der christlichsozialer Ender als Bundeskanzler von dem christlichsozialen Buresch abgelöst wird; jener war vorher Landesbaustmann in Borsarlberg, dieser ist Landesbaustmann in Niederösterreich. Politisch werden sie sich von einander nicht wesentlich unterscheiden. Der Unterschied liegt im Charakter. Der Borsarlberger ist ein wirklicher Demokrat, ein Mann von festem Wort, wogegen der Niederösterreicher ein sehr anstandslos abgeleiteter Herr ist, der immer auch anders kann und der sich insbesondere während der Heimwehrkonjunktur an Anbiederungen an die damals Erlola versprechende Bewegung nicht genug tun konnte. Die schwere Sorge, wie das kleine und entkräftete Land der furchtbaren wirtschaftlichen Heimsuchungen Herr zu werden vermag, erhebt noch immer kein Lichtstrahl. Aber daß der neue Plan, Scipel und die Scipelsohnen wieder aus Ruß zu bringen, abge-schlagen werden konnte, und gescheitert ist, das schafft in dem Land, das uns in Oesterreich umgibt, doch einen Augenblick der Genugtuung.

Wien, 23. Juni. (Sta. Drabl.) Am Dienstag hat sich die Regierung Buresch dem Nationalrat vorgestellt.

Der Bundeskanzler erklärte, daß sein Kabinett die von der früheren Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen grundsätzlich weiterverfolge, aber gewisse Änderungen vorschlagen werde.

In der Außenpolitik würden die freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten und die guten Beziehungen zu den großen Mächten aufrecht erhalten. Der wertvollste Bestandteil der Außenpolitik sei aber die alte Freundschaft mit dem Deutschen Reich, bezüglich der Zollunion halte es die Regierung nicht angedacht, sich von der Entscheidung des Saager Gerichtshofes zu präjudizieren. Im Namen der Sozialdemokraten erklärte Abg. Danneberg, die Lehre der letzten Kabinettskrisen zeige, daß auf die Dauer ein Regime gegen die Arbeiter nicht möglich sei. Die Sozialdemokraten würden

sich nicht als Aushängeschild für eine Kontursche bürgerliche Politik hergeben. Die Arbeitslosenversicherung müsse aufrecht erhalten bleiben und auch die Krisenfürsorge dürfe nicht unterbrochen werden.

Regierungswechsel in Bulgarien

Die bulgarische Regierung wird auf Grund ihrer Misserfolge zurücktreten. Mit der Neubildung des Kabinetts wird der Führer der Demokraten, Malinow, betraut werden. Der Volksblock Malinows erlangte bei der Wahl die absolute Mehrheit. Ähnlich wird mitgeteilt, daß der bisherige Regierungschef bei den Wahlen von 174 Mandaten nur 68 beizubringen konnte. Der Oppositionsblock Malinow vermachte dagegen 150 Sitze zu erlangen.

Falschsten verhafteten Priester

In Larviso wurde ein Priester verhaftet, der nach dem Gottesdienst eine heftige Anrede gegen den Faschismus und die Regierung gehalten hatte. Dem Priester wird der Prozeß gemacht werden.

Hitlers gefährliche Militärspiele

Die seit einer Woche in Betrieb genommene Reichsübersehule Hitlers befindet sich im Zentrum Münchens, im Rückgebäude einer Ende vorigen Jahres fertig gegangenen Kleiderfabrik, deren Inhaber (Kommerzienrat Magerhofer) ein Sakenkreuzler ist. Das Gebäude ist mit erheblichen Kosten für den neuen Zweck eingerichtet worden. Im Parkterre befinden sich die Büroräume, Küche und die Baberäume, im ersten Stock Schlafsäle, im zweiten Stock der Speisesaal und im dritten Stock Ersäler- und Ausübungsraum. Weitere Schlafsäle enthält das Dachgeschoss. Bemerkenswert ist, daß überall eiserne Schränke eingebaut sind. Das Haus ist bereits mit zwei Kurzen (etwa 60 Mann) besetzt, deren Angehörige in der Hauptsache norddeutsche Nazis sind. Der Dienst, dem diese Leute unterworfen sind, ist rein militärischer Art.

Spaltung der Darmstädter Nationalsozialisten

In Darmstadt haben sich die Nationalsozialisten gespalten. Ein Führer der Sturmabteilung hat mit 45 Gefinnungsgenossen eine Ortsgruppe der Steines-Richtung gebildet.

Freistaat Baden

Die nächste Landtagsitzung

Die nächste Plenarsitzung des Badischen Landtags findet am nächsten Dienstag, 30. Juni, nachmittags 3.30 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Böning wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen, ein Antrag Mattes (D.P.) wegen Förderung der Ausfuhr von Vieh aus dem Grenzland Baden und mehrere Gesuche.

Der Urlaub der badischen Beamten-Abgeordneten

Antik wird mitgeteilt: Nach Artikel 39 der Reichsverfassung bedürfen Beamte zur Ausübung ihres Amtes als Mitglieder des Reichstags keines Urlaubs. Hierzu hat die Reichsregierung für die Reichsbeamten folgende Richtlinien aufgestellt: „Die Ausübung der Pflichten als Mitglied des Reichstags oder eines Landtags wird stets angenommen für die Zeit der Tagung und einer kurzfristigen Vertagung des Reichstags oder Landtags. Während der Zeit einer langfristigen Vertagung liegt eine Ausübung der Pflichten als Mitglied des Reichstags oder eines Landtags dann vor, wenn der Abgeordnete sich einer Tätigkeit unterzieht, die mit seinem Mandat in engstem Zusammenhang steht, z. B. die Teilnahme an den Sitzungen eines Ausschusses, dem er als Mitglied nicht angehört, Teilnahme an Fraktionsitzungen, Teilnahme an Wählervereinsversammlungen, um dort Redenshaft abzugeben, und ähnliches. Eine Vertagung ist kurzfristig, wenn sie nicht länger als 14 Werktage dauert; bei längerer Dauer ist sie langfristige. Will ein Beamtenabgeordneter während einer langfristigen Vertagung des Reichstags oder Landtags sein Abgeordnetenamt in vorstehendem Sinne ausüben, so hat er seinem Dienstvorgesetzten rechtzeitig hiervon Anzeige zu erstatten und hierbei darzutun, inwiefern eine Ausübung seiner Pflichten als Abgeordneter vorliegt.“ Durch Entschliessung des Staatsministeriums vom 6. Juni 1931, Nr. 6317 wurde bestimmt, daß diese Richtlinien über die Beurteilung der als Parlamentarier tätigen Beamten auch auf die badischen Staatsbeamten gleichmäßig Anwendung zu finden haben.

Das Heidelberger Hiltertreffen

Anschießend der Hebertzungen der Nationalsozialisten über das Heidelberger Hiltertreffen verdient folgende Darstellung der Heidelberger Volkseigenen Erwähnung zu werden: Es hat den Hiltiern ist der Bezirk Geographie offenbar unbekannt. Es hätte ein Selbstverständliches Treffen sein sollen, dabei hätte man Leute aus Bamberg, Bayern, Weisig, Krombach u. m. bezugsnehmend, um noch außen zu blühen. Ungefähr 3700 SA-Leute beteiligten sich am Hiltierfest. Als die Beteiligung war keineswegs übermäßig. Ein Mann machte beim Vorbereitungsabend die Bemerkung: „Wenn heute Schule wäre, wäre die Beteiligung um 1000 schwächer.“ So viel Kinder ließ man im Auge mitmarschieren. Der größte Teil der SA-Leute war bei den Bauern in Hand- und Fußschellen, Viehhäuten und Rohrbündeln untergebracht. Manche Bauern verließen bis 80 Mann unentgeltlich. Sogar Schweine wurden geschlachtet; aber Steuern kann man keine zahlen. Die Ausschmückung der Stadt war nicht übermäßig. Nur die Villenviertel, wo die Großpensionäre der Republik wohnen, hatten die Fahnen des alten Reiches herausgeholt. Das eine Gute hat aber der SA-Tag doch gebot; er hat auch dem letzten Proleten, der das bisher noch nicht wußte, klar gezeigt, was er von diesen „braunen Bataillonen“ und ihrem Dritten Reich zu erwarten hat, nämlich Terror, Bürgerkrieg und fünfte Reaktion.

Der Heidelberger Polizeibericht meldet: Die von den Nationalsozialisten am Sonntag veranstaltete Schloßbeleuchtung, sowie der Umzug am Sonntag nachmittag sind ohne nennenswerte Zwischenfälle verlaufen. Einzelne Versuche der politischen Gegner, den Umzug zu stören, wurden von der Polizei im Keime erstickt. Dabei kam es an einigen Stellen der Stadt zu kleineren Ordnungsvorgängen, die polizeiliches Einschreiten erforderlich machten. So wurde in der Fabrikstraße, Kohrbacher Straße, am Marktplatz und in der Hauptstraße verschiedentlich zur polizeilichen Reinigung gezwungen, ohne daß es jedoch notwendig war, besonderen Zwang anzuwenden. Das Herumfliehen der Reutergruppen, die oftmals trotz wiederholter Aufforderung immer wieder fliehen blieben, hat der Polizei vielfach ihre Aufgabe erschwert. Befangen wurden insgesamt 12 Personen wegen Körperverletzung, groben Unfugs usw. 9 dieser Befangenen werden dem Schöffengericht vorgeführt. Die Versammlung am Sonntag abend verlief ohne jegliche Störung.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost, der in der Regel im Reichsministerium in Berlin tagt, wird am 28. Juni im Kurhaus in Baden-Baden eine Vollsitzung abhalten.

Der Staatspräsident hat dem ehemaligen preussischen Gesandten in Karlsruhe, Karl von Eifendehner, zum 90. Geburtstag die Glückwünsche der badischen Regierung ausgesprochen.

Der Schweinespender

Hjalmar Schacht spendete der SA in Frohnau ein Schwein von seinem Gute bei Lindow



„Einige Schweine und Kühe werde ich noch herausrücken. Für Rindvieh sind die SA zum Glück Selbstverfolger!“

Abschied von Stöhrer

Ein wahrer Sohn des Volkes

Eine machtvolle Kundgebung der Liebe, Anhänglichkeit und Dankbarkeit für das Schaffen und Wirken unseres leider zu früh verstorbenen Parteigenossen Gemeinderat und Bürgermeisterstellvertreter Josef Stöhrer war seine gestrige Beerdigung. Schon lange vor dem festgesetzten Zeitpunkt strömten die Massen der Leidtragenden und Trauernden nach dem Friedhof. Die Eitlinger Arbeitervereine sammelten sich im Schloßhof, um im geschlossenen Zuge nach dem Friedhof zu marschieren. Gewaltig groß war die Zahl derer, die ihrem toten Freunde und Führer zuliebe sich eingefunden hatten. Voran die roten und die Vereinstöhrer, die Standarte der Eisenbahnerorganisation und die Fahne des Reichsbanners. Ihnen folgten die Kranzträger mit den schönen Blumengebüden, dann die Sportler, die SA, die Arbeiterkameraden und Sängere, und eine große Zahl von Partei- und Gemeindegliedern von Eitlingen, Karlsruhe und Umgebung. Diese öffentliche Trauerkundgebung in



den Straßen der Stadt zum Friedhof war eine Demonstration für den toten Führer. Auch die Schmähungen einiger Lumpen konnte dem Ansehen und der Verherrlichung unseres Genossen kein Abtrag tun. Neben dem geschlossenen Zuge strömten die Dunderie von Einwohnern nach dem Friedhof, die in Gen. Stöhrer den Menschen, den Gemeindevorkämpfer und den Wohltäter sahen.

Auf dem Friedhof war der Satz vor der Leichenhalle aufgedruckt. Die kirchliche Sendung nahm Herr Stadtpfarrer Delan Kap vor. Die Sängere und Sängere des Arbeitervereins „Eintracht“ sangen ihrem toten Gesangsgefährten den abgetragenen Hymnenchor „Du ferne Land“. Unter den Klängen des Choralgesangs Trauermarsches, gespielt von der Kapelle des Musikvereins, bewegte sich der Trauerzug nach dem Grabe. Die Stadtverwaltung ließ es sich nicht nehmen, ihrem verdienstvollen Mitbürger ein Ehrengrab zur Verfügung zu stellen. Taufende umräumten den Platz, der die sterbliche Hülle unseres Genossen Stöhrer aufnehmen sollte. Herr Bürgermeister Kraft hob nochmals die Verdienste des Verstorbenen um die Heimatgemeinde hervor und dankte ihm in bewegten Worten für all das Gute, das er getan. Herr Landrat Gaedele hob hervor, welchen

Dank der Bezirksfürsorgeauschuss dem Verstorbenen für seine aufopfernde Tätigkeit in diesem Auschuss schuldig ist. Herr Präsident von der Elz von der Reichsbahndirektion Karlsruhe zeichnete ein Bild von dem Schaffen des Verstorbenen als Vorsitzender des Bezirksbetriebsrates. Die große Sachkenntnis, habe es ermöglicht, daß Betriebsbetriebsrat und Generaldirektion im Interesse der Arbeiterschaft des Eisenbahnbetriebs gutes mit einander leisten konnten. Gemeinderat Gen. Gunt sprach für die Eitlinger Partei-Gruppe und die sportlichen und kulturellen Vereine; er schilderte noch einmal in kurzen Worten das Werden und Arbeiten des Genossen und Freundes. Besonders unterstrich er die große Liebe des von uns Geschiedenen für die notleidende Menschheit, für die Armen und Hilfsbedürftigen. Trotz all der Anfeindungen, ging Genosse Stöhrer seinen geraden Weg. Sein großes Wissen gab ihm Charakterstärke und Bessigkeit. Unvergessen wird der Name Stöhrer in der Geschichte der Eitlinger Arbeiterbewegung bleiben. Vom Einheitsverband der Eisenbahner sprach Gauleiter Rolf Schneider. Redner hob die großen Fähigkeiten, den Idealismus, die Selbstlosigkeit dieses keltner Menschen hervor. Die Eisenbahner danken ihrem Kollegen Josef Stöhrer für das Große, was er für sie getan. Es folgten dann Kranzniederlegungen vom Bezirksvorsitzenden der Eisenbahnerorganisation und den Schulkameraden. Aufsichtsrat, Geschäftsleitung und Redaktion des Volksfreund ließen durch den Gen. Reichstagsabgeordneten Schöpplin ihrem vorzefflichen Mitarbeiter den Dank aussprechen. Gen. Schöpplin würdigte im besonderen die große Schaffenskraft unseres Genossen, der trotz all der gewaltigen Tagesarbeit noch so viel Zeit dafür verwendete, sich geistig zu schulen und der Parteipresse durch Mitarbeit dienlich zu sein. Auch hier sei er musterhaftiges Vorbild für alle, die dem Volke und der großen Sache des Sozialismus dienen wollen. Die Kranzniederlegung wollte kein Ende nehmen. Dankend und ehrend gedachten noch des Verstorbenen: die sog. Rathausfraktion, der Betriebsbetriebsrat, die Ortsverwaltungen Heidelberg, Mannheim, Lauda, Basel, Billingen, Immeningen und Konstanz, des weiteren des Reichsbanner Karlsruhe, SA, Eitlingen, die Eisenbahnbeamten Karlsruhe, der Arbeitersangerverein „Eintracht“, die Ortsgruppe der Naturfreunde, der NSDAP Karlsruhe, die Arb.-Kadabfahrer Eitlingen, die städtischen Beamten und Arbeiter, der Reichsbund der Kriegsbefähigten, der örtliche Betriebsrat der Eisenbahner in Karlsruhe, das Ausbesserungswerk Karlsruhe, Lackierung, der Landesverband der Deutschen Eisenbahner, die Kohlenverforgung der Eisenbahner, die Zentralgewerkschaft der Eisenbahner Offenburg, die SPD, Eitlingenweiler, die Textilarbeiter des Albtals und Arbeiter und Angehörigen der Kohlenverforgung.

Serzlich, innig war der Abschied von unserem Freund, Genossen, Kollegen und Mitbürger. Aufrichtig die Teilnahme auch für den Verlust, den die Familie des Verstorbenen erlitten. Schmerz erfüllt mußte die hochbetagte Mutter ihrem Sohne ins Grab sehen. Nun deut ihn die kühle Erde. Die irdische Hülle ist von uns gerissen. Aber das Gedächtnis und die Dankbarkeit für diesen treuen und ehlenen Mitkämpfer wird uns immer bleiben. So nehmen wir nochmals Abschied von unserem Genossen mit dem Wunsche, sein selbstloses, aufrichtiges Wirken und Schaffen möge für alle ein nachahmenswertes Beispiel sein!

Indiens neuer Freiheitsheld

Der indische Bauernmarschall

Kalkutta, Ende Mai (Via. Ber.)

Die Leitung des letzten Kongresses der indischen Nationalisten in Kalkutta der Verständigungsriedens Indiens mit der anglo-indischen Regierung befähigte, war diesmal einer Persönlichkeit ganz besonderer Art anvertraut. Auf dem Stuhl des Präsidenten für das indische Volksparlament saß Vallabhai Patel den ganz Indien seit einigen Jahren unter dem Namen „Der Bauernmarschall“ kennt und dessen Popularität wenig hinter derjenigen Gandhis zurückbleibt. Er verdankt seinen Ruf den erfolgreichen Bemühungen zur Erweckung und der Organisation der indischen Bauernschaft. Vallabhai Patels Arbeit wird mit Recht als eine wichtige Tat empfunden, weil sie den Anstoß zur Befreiung und Schulung einer Klasse gibt, die bisher in der Geschichte Indiens nie eine aktive Rolle gespielt hat, obwohl sie die Mehrheit der 325 Millionen indischer Menschen ausmacht.

Bis in die jüngste Zeit hinein hat sich die agitatorische Arbeit der indischen Nationalbewegung auf die Intellektuellen, den städtischen Mittelstand und das städtische Proletariat beschränkt. Aus diesem Grunde ist der indische Nationalismus eine mehr oder weniger lokale Erscheinung geblieben, deren Wirkungsbereich sich auf das kulturell hoch entwickelte Bengalen und das fünfstromland erstreckte.

Im Gegensatz zu Gandhi, den beiden Nebrun, Vater und Sohn, dem kommunistisch schillernden Subhas Chandra Bose ist Vallabhai Patel weder ein Bengale noch ein Städter. Er stammt aus einem kleinen Dorf im Distrikt der Madrasprovinz Gujrat und ist erst nach einer harten Jugend als Sohn eines armen Kleinbauern spät zu seinem gegenwärtigen Beruf als Rechtsanwalt gekommen.

Das große Ereignis in Patels Leben, das seiner politischen Tätigkeit die entscheidende Richtung anzeigte, war seine Bewegung mit Gandhi. Vallabhai praktizierte als Rechtsanwalt in Ahmednabad als der „verrückte, rebellische und halbnackte Fakir“, um in der Terminologie des nicht minder rebellischen und verfluchten Richard Winston Churchill zu reden, aus Sidrafrida in seine indische Heimat zurückkehrte. Patel gehörte bald zu dem engen Kreis des Mahatma, um den sich im Laufe der Zeit eine Plejade von Jüngern mit einem belondern Tonus des Revolutionärs sammelt hat. Vallabhai Patel ist ebenso wenig wie Gandhi ein gewaltiger Redner oder ein eindringlicher Schweiger aber beide haben in Wort und Schrift Formen des Ausdrucks, die dem stark reflektierten Denken des Inders verständlich sind und die daher auch die Massen zu der unerhörten Leistung eines passiven Widerstandes auf lange Zeit hinaus fähig machen.

Die von Vallabhai Patel im Jahre 1929 in monatelanger Propaganda von Dorf zu Dorf vorbereitete Aktion für die Steuer-

verweigerung in dem Bezirk von Bardoli hat einen in der revolutionären Geschichte der Menschheit völlig neuen Typus des Kampfes geschaffen, der mindestens in Indien das Paradigma für zahlreiche Auseinandersetzungen ähnlicher Art bedeuten wird. Tausende von Bauern haben unter dem Einfluß dieses Mannes Haus und Hof im Stich gelassen und monatelang ein Nomadenleben im Dschungel geführt. Ihre Bewegungen waren durch einen auf funktionierenden Kundschafterdienst gestützt, auf dessen Warnungen hin, sich ganze Dörfer im Augenblick von ihren Einwohnern entblöhten, wenn die Steuerbeamten der Regierung gesichtet wurden. Trotz des Drucks von oben und trotz unerhörter Provoaktionen war in den vielen Monaten der Auseinandersetzung, die mit dem Siege der Schwachen endete, weder ein Bruch der Solidarität und noch Blutvergießen zu verzeichnen. Die schwer unter der Agrarkrise leidende Bevölkerung des Bezirks von Bardoli setzte unter gespannter Aufmerksamkeit ganz Indiens die hartnäckig verweigerte Herabsetzung der Grundsteuer durch.

Von der Auseinandersetzung in Bardoli her datiert eine neue Bewegung der indischen Jugend, die nach dem Beispiel der russischen Narodniki ins Volk geht, um auf dem flachen Lande erstherisch und propagandistisch zu wirken. Diese Arbeit hat in den jüngsten Ereignissen bereits eine gewisse Wirkung gezeigt und sie wird England früher oder später dazu nötigen, sich ernsthaft mit dem indischen Agrarproblem zu befassen. Es ist das historische Verdienst Sirdar Patels (Feldmarschall Patel) wie sein Ehrenname in Indien lautet, praktisch den ersten Schritt zur Befreiung des ländlichen Proletariats in Indien getan zu haben. Vorläufig beschränkt sich die indische Bauernbewegung auf die Abwehr der Lasten, die ihr durch die internationale Agrarkrise besonders drückend gemacht werden. Vallabhai Patel und seine Mitarbeiter erschöpfen ihre Tätigkeit bis jetzt in der Verhütung der schlimmsten Wirkungen der allgemeinen Not. Sie sind noch nicht so weit, die Wahrheit zu begreifen, daß am Ende aller Bemühungen nur der Gedanke einer großen internationalen Agrarreform stehen muß, die aus halben Sklaven mitbestimmende Mitglieder eines alle Völker der Erde umfassenden Wirtschaftsverbandes macht.

Die nächsten Jahre werden zeigen, ob Vallabhai Patel nur ein Vorläufer oder bereits der Träger einer solchen Bewegung ist, die das Schicksal Indiens ebenso entscheidend wie dasjenige des übrigen Orients bestimmen wird. Patel steht trotz seiner 50 Jahre erst am Beginn seiner politischen Laufbahn und er lebt in einer Zeit, die der Verwirklichung großer Gedanken günstig ist, wenn sie sich, wie das bei Patel der Fall ist zur großen Einheit eines gleichzeitig menschlich empfindenden wie in der Sache zu Kampf wie Leid bereiten Individuums verschmelzen.

Wehrmacht, Polizei, Gehaltskürzungen

SA. Berlin, 23. Juni. (Via. Meld.) Einige Berliner Blätter verzeichnen Mitteilungen über die Behandlung von Reichswehr und Polizei bei der Durchführung der Notverordnung. Daran ist richtig, daß die Angehörigen der Wehrmacht bis zum Hauptmann einschließend von der Gehaltskürzung ausgeschlossen werden. Es handelt sich aber keineswegs, wie jetzt in den Blättern angenommen wird, um neue Durchführungsbefehle, vielmehr ist man sich im Reichskabinett schon bei der Beratung der Notverordnung darüber schlüssig geworden, die Gehaltskürzung erst vom Stabsoffi-

zier ab eintreten zu lassen. Neuerdings sind den zuständigen Verwaltungsstellen entsprechende Mitteilungen gemacht worden. Nebenbei sucht man auch für einen Teil der Schutzpolizei eine Sonderregelung herbeizuführen. Zwischen dem Innen- und Finanzminister Preußens z. B. schweben bereits seit längerer Zeit Verhandlungen über einen Ausgleich für die Beamten des Außenbüros. Die Verhandlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen. Die Gründe für die Sonderbehandlung liegen in der staatspolitischen Notwendigkeit, dem politischen Radikalismus nicht einen Agitationsvorkampfer gerade bei der Wehrmacht und der Polizei zu geben. Zudem sind die Bezüge der unteren Gruppen bereits sehr niedrig.

Partei-Nachrichten

Ein alter Kämpfer gestorben

Hermann Grieser, Schreinermeister auf der Insel Reichenau, ist im Alter von 79 Jahren gestorben. Ein Kämpfer um die soziale Republik, ein Kämpfer für die Rechte des Volkes ist mit ihm gestorben, wie viele in der Partei sind, und doch war Hermann Grieser ein besonderer Kämpfer. Unter dem Sozialistengesetz hatte er sich unaufrichtig der Partei loszusagen selber überlassen. Das kam so. Druckschriften waren uns verboten. Die Werbe- und Wochenblätter der Sozialdemokratie wurde in Zürich gedruckt. Die Zeitungsredakteure nach Deutschland zu bringen, war seine Aufgabe. Er hatte es so organisiert, daß die Päckchen nach Wasser, nach zu Lande übergeben wurden und unter Mithilfe einiger Genossen; geschickt leitete er die Weiterbeförderung, so daß jede Nummer verbreitet werden konnte. Nicht ein einziges Mal wurde er oder seine Helfer erwischt, so sehr die Bismarckschen Höcker ihm auch auf der Ferse waren. Dausuchungen fanden natürlich oft bei ihm statt, aber immer ohne Erfolg. Wiederholt wurde er in Untersuchungshaft genommen, aber nichts konnte ihm je nachgewiesen werden und die Nummern des Sozialdemokraten kamen doch nach Deutschland, denn auch die Helfer mußten sich zu helfen. So hat er sich Verdienste um die sozialdemokratische Partei ganz Deutschlands erworben. Ein Kämpfer ist gefallen, andere füllen seinen Platz.

Gernsbach. Der Tag für unser Stiftungsfest ist nun endgültig auf Sonntag, 12. Juli, abends 8 Uhr, im „Badischen Hof“ festgesetzt. Die Sportvereine sind gebeten, diesen Tag für unsere Parteifeier freizuhalten.

Sohrenwettersbach. Am Donnerstag, 25. Juni, abends 8 Uhr, findet im Schulsaal eine wichtige Parteiverammlung statt, wozu sämtliche Mitglieder eingeladen sind.

Bekanntmachungen des Parteisekretariats

Bekanntmachungen finden statt:

Donnerstag, den 25. Juni:

Gröningen, Amt Karlsruhe: Abends 8 Uhr im „Ochsen“ Mitgliederversammlung mit Berichterstattung über den Parteitag. Referent: Gemeinderat Gen. Guntt. Eitlingen.

Aus aller Welt

Furchtbare Explosion in einer englischen Marinewerft

REB. London, 23. Juni. In einer Werft der englischen Marine in Holton Heath ereignete sich eine Explosion, bei der ein Arbeiter getötet wurde.

Das Unterseeboot „Nautilus“ fährt am Mittwoch wieder aus Cort, 23. Juni. Das Unterseeboot „Nautilus“ steht im Begriff, seine Akkumulatoren neu zu laden. Es wird am Mittwoch morgen wieder ausfahren.

Erdbeben auf Neuseeland

In ganz Neuseeland wurden starke Erdbeben verspürt. In verschiedenen Ortschaften wurden die Straßen und Wasserleitungen zerstört und beträchtlicher Schaden an den Häusern angerichtet.

Vokaltermin in Scheuen

In Scheuen fand in dem vor dem Rührerger Landgericht stattfindenden Prozeß gegen Straube und die Rührergesellschaft ein Vokaltermin statt. Scheuen wird heute als Kindererholungsheim benutzt. Der Vorsitzende ließ einzelne der Rührerklagen durch die Angeklagten wiederholen, so mußte der Angeklagte Schulz zeigen, wie er seinen Gegner Keppich mit einem eisernen Stuhl niederschlagen hat.

Die Angst vor der Operation

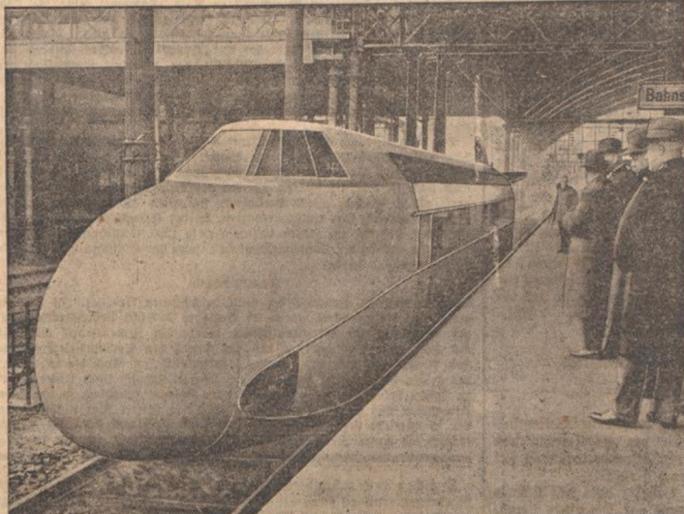
Der 57jährige Ingenieur A. Manke aus der Schworzkopfstraße in Berlin hat sich am Montag mit Morphium vergiftet. Wie aus einem hinterlassenen Brief hervorgeht, hat der Ingenieur die Tat aus Furcht vor einer Operation begangen.

Explosion in einer polnischen staatlichen Pulverfabrik

In einer der staatlichen Pulverfabriken Mittelpolens, in Bogdan, erfolgte eine Explosion. Zwei Arbeiter wurden auf der Stelle getötet, einer erlitt schwere Verletzungen.

Fahrt des Schienenzeppelins nach Düsseldorf

Berlin, 23. Juni. Der Propellertriebwagen Krudenbergs wird, wie wir hören, voraussichtlich bis Donnerstag, den 25. Juni, in Berlin bleiben. Es ist vorgegeben, danach den Wagen dann im Fahrplan mit gewöhnlicher Schnellzugsgeschwindigkeit über Magdeburg—Halberstadt—Goslar—Ferdinands—Eberfeld nach Düsseldorf zu fahren. Die Reichsbahn wird für diese Fahrt Lokomotivstellen stellen. Von Düsseldorf wird der Wagen über Essen nach Hannover gefahren, wo er voraussichtlich am Sonntag eintreffen wird. Bis Donnerstag abend steht der Propellerwagen in Berlin zur Befichtigung frei.



Prof. Kruckenbergs Schienenzeppelin in der Bahnhofshalle

Am Sonntag unternahm der Schienenzeppelin seinen ersten gelungenen Fernfahrtversuch von Hamburg nach Berlin.

Aus der Stadt Durlach

Tag der Arbeit

Ein glänzender Verlauf

Im Rahmen des Reichsarbeiterparteitages wurde hier ein Fest veranstaltet, genannt Tag der Arbeit. Es soll ein Fest der Arbeiter, der Unterdrückten, der Hungernden sein und es war auch eines. Von vornherein kann gesagt werden, daß der Verlauf ein guter, ein glänzender war. Karlsruhe Genossen haben sich auch eingefunden, um zu demonstrieren. Wenn auch die Beteiligung zum Festtag als ein sehr guter zu bezeichnen ist, so darf auch nicht unausgesprochen bleiben, daß viele die Straße säumten, die in die Reihen gehörten. Zum Festtag haben sie sich allerdings eingefunden.

Als Auftakt ging am Samstag abend ein Fest durch die Straßen der Stadt nach dem Turngemeindeplatz. Dort angekommen, sangen die Arbeiterlieder und die den Sturm und den Rotgardistenmarsch. Ein Beifallssturm ging durch die Reihen der Zuhörer. Ein weiteres Wort zu verlieren ist deshalb überflüssig. Genosse G r o ß h a n s (Konstant) übernahm die F e s t r e d e. Es ist zu bedauern, daß nur die Anwesenden die gesprochenen Worte hören konnten. Millionen hätte sie vernehmen sollen. Ausgehend von der Sonnenwende, Wälderwende kam er auf die heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu sprechen. Er setzte in seinen mitreißenden Worten in den Abgrund hinunter, auf dessen Rand wir heute stehen. Heute, wo wir alle Hunger haben, werden Lebensmittel gewaltig vernichtet. Er schilderte den Chaos eines gewaltigen Untergangszeiten, Landtagsabgeordneter Großhans ist ein Redner, der unter heutiges Leben in Worten lebte, wie wir es selten zu hören bekommen. Nach dieser Rede kam die Folie auf und die Naturfreunde machten ihre Sonnenwendepflicht, umfäumt von zahlreichen Zuhörern.

Am Sonntag a bewegte sich ein imposanter Demonstrationsszug durch die Straßen der Stadt. Viele rote Fahnen fielen auf. Auf dem Festplatz angekommen, begann ein Leben und Treiben aller Sparten. Jedes gab sich Mühe, nur Besseres zu leisten. Sänger, Turner, Kadetten usw. um. Zum erstenmal auch in Durlach sah man Kraftfahrer und Arbeiterführer.

Einzelne Resultate:

Schülerinnen (Dreitampf): Goldschmidt 2, Turngemeinde Durlach 215 Punkte. — **Schüler:** Beutel 3, Turngem. Durlach 329 Punkte. — **Jugend (14—18 Jahre):** Sütter, S.M. Durlach 328 Punkte. — **Sportlerinnen:** Weismann, S.M. Durlach 186 Punkte. — **Sportler (Distanz):** Ott Helm, Aue 72 Punkte, Speerwerfen: Geißler, Aue 49 Punkte, Schleuderball: Ott Helm, Aue 74 Punkte. — **Jugend:** Speerwerfen: Dittler, Turngem. Durlach 65 Punkte, Schleuderball: Dittler, Turngem. Durlach 71 Punkte.

Handballspiel Turngemeinde Durlach — Karlsruhe Süd 9:3
Ein schönes Spiel, das der Bezirksmeister hauptsächlich in der zweiten Halbzeit für sich überlegen gestalten konnte.

Fußball: Durlach-Aue 1:0, Miesch 0:0

Die engen Platzverhältnisse ließen kein richtiges Spiel aufkommen. Beide Parteien gaben sich redliche Mühe, Resultate zu erzielen, doch brüderlich gingen beide auseinander.

Nicht zuletzt soll auch der Arbeiteramateur gedacht sein, die beide Tage auf dem Damm waren.
Die Arbeiterführer Karlsruhe und Ruppert trugen einen Freundschaftskampf aus. Gehtossen wurde auf 20er-Bundeshöhe, 8 Meter Entfernung, stehend freihändig, jede Mannschaft 5 Schützen, je 10 Schuß. Ruppert konnte mit 888 Ringen gewinnen. Karlsruhe erreicht 873 Ringe.

Sozialdemokratische Rathausfraktion. Auf die heute abend 8 Uhr im Rathaus, Zimmer 1, stattfindende Fraktionsitzung machen wir nochmals aufmerksam.

Eine neue Engels-Biographie! Soeben erscheint im Verlag der Vereinsdruckerei GmbH, Trier eine Engels-Biographie von F. B. Mayer. Leben und Werk des großen sozialistischen Führers wird in knappen, plastischen Zügen vor den Leser hingestellt. (Preis der vorzüglich ausgestatteten Schrift 1.—RM.). Zusammen mit der ebenfalls bei der Vereinsdruckerei Trier erschienenen Marx-Biographie des gleichen Verfassers, die sich von dem umfangreicheren Biographien von Mehring und Vorländer vor allem durch die ausführliche Würdigung des jungen Marx untercheidet, geben beide Arbeiten eine gedrängte, wissenschaftlich sorgfältig fundierte Darstellung der Lebensarbeit von Marx und Engels.

Kleine bad. Chronik

Rehl, 22. Juni. Unfall. Heute vormittag erlitt der verheiratete Schlosser Willy Weber von hier dadurch einen Unfall, daß ihm auf seiner Arbeitsstelle in der Zellstofffabrik ein schwerer eiserner Detel eines Zellstoffkochers herab auf den Fuß fiel, daß ihm alle Zehen zerquetscht wurden. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde er ins Rehler Krankenhaus überführt.

Freiburg i. Br., 23. Juni. Dachstuhlbrand. Montag abend gegen 10.15 Uhr brach im Dachstuhl des Hauses Randeckstraße 19 ein bisher noch nicht gekannter Brand aus, der sich größeren Umfang annahm. Auf die sofortige Benachrichtigung der Feuerwehr erschienen zwei Löschzüge am Brandplatz, die mit mehreren Schlauchleitungen das Feuer energisch bekämpften. Nach etwa 1 1/2 Stunden war jede Gefahr beseitigt. Zimmerin ist ein Teil des Dachstuhls zerstört; der Schaden dürfte erheblich sein, zumal auch das Hinterhaus ziemlich gestützt hat. Der Brandfall hatte eine große Menschenmenge angelockt.

Dalkau, 23. Juni. Tödlicher Unfall. Als der 64jährige Karl Zimmermann in einer Scheune das Heu sehen wollte, kam er durch ein verdecktes Loch zum Absturz und trug so schwere Verletzungen davon, daß er bald darauf starb.

Mundelfingen, Amt Donaueschingen, 23. Juni. Tödlicher Sturz vom Heuwagen. Gestern abend um 9 Uhr führte beim Seilabladen der verheiratete Landwirt Rudolf Gunt vom Wagen und erlitt einen so schweren Schädelbruch, daß er eine halbe Stunde später starb.

Freiburg i. Br., 23. Juni. Ein Kind ertrank. Im Vorort Saslach fiel der etwa zwei Jahre alte Heinz Gerg in den etwa 1 Meter tiefen Bach der Laubensfontäne Saslach und ertrank.
Oberrischach bei Wilmingen, 23. Juni. Gestern abend stürzte beim Heuaufladen auf seiner Wiese der 58 Jahre alte Gemeindegemeinderat Johann Bauer vom Wagen und war sofort bewußtlos. Der rasch herbeigeholte Arzt konnte nur noch den eingetretenen Tod feststellen. Da der Seiwagen noch nicht hoch gefahren war und Bauer auch auf dem Wiesenboden nicht hart fiel, nimmt man an, daß ein Herz- oder Schlaganfall seinem Leben ein Ende gemacht hat.
Schwemningen, Amt Melsbach, 23. Juni. Scharfener. In der vergangenen Nacht brach in dem Anwesen des Sattlermeisters W. H. b. i. Feuer aus, dem der größte Teil, nämlich Defonniegebäude, Werkstätte, sowie der Dachstuhl des Wohnhauses zum Opfer fiel. Die zu Hilfe gerufenen Notarhilfe von Seiten a. l. M. brauchte nicht mehr einzusetzen. Brandursache und Sachschaden sind noch nicht festgestellt.

Das neue 4999
A.S.-Verfahren
räumt mit jeder
Wanzen-
Plage restlos auf.
Deutsche Versicherer
gegen Ungeziefer
Anton Springer
Eitlingen Str. 51
Erste und leistungsfähigste
Vertilgungs-Anstalt
am Platze. Telefon
2340
Säugendbietet
neu, umständlich, nur
95% zu verk. Färsch.
Jahresgehalt 77 (hinter
Anzahl) 5151
Inhaber lieben
Genossin
R. UELKE
zu ihrem heutigen
Wiedererleben die
hergl. Götterwelt
Einige Genossen

Wie wird die Zeitung gelesen? Sehr flüchtig!
Wird sie einfach durchgeblättert? Liest der
Leser seine Zeitung sehr aufmerksam? Solche
Fragen sind bei der Anzeigen-Vergebung zu
prüfen. Die zahlreichen Leser des Volksfreund
sind aufmerksame Leser. Von diesen Lesern
wird das Volksfreund-Insertat nie übersehen.

Schlafzimmer
Wir haben veran-
genen Woche ein
Schlafzimmer grün-
stlich herinbekom-
men, daß wir es be-
reits für 95.-
RM.
weiterverkaufenkö-
nnen. Das Zimmer ist
guterhalten, stammt
aus anderem Haus-
halt. Es ist wie ge-
schaffen für den neu
zu gründenden Haus-
stand, der in der heu-
rigen Zeit nicht allzu
viel anlegen will. Das
Zimmer hat einen er-
garderobeschrank,
2Betstellen, Wasch-
tisch m. Spiegelaufs.,
2Nachtische, 2Stühle
1 Handtuchhalter.
Später können Sie sich
dieses Zimmer durch
ein neues ersetzen,
wir nehmen es wie-
der gern in Zahlung.
mobelhaus
Carl Baum & Co.
Erdbrunnenstraße 30
Kein Laden.
Ständiges Lager über
100 Zimm. u. Küchen.
Teilszahlung

Nächste Woche!
1. Bad. Wohlfahrts
GELD
LOTTERIE
ZIEHUNG 4. JULI
25000
10000
8000
7000
10550 DOPP. LOS 2. RM.
10550 DOPP. LOS 3. RM.
Stürmer
MANNHEIM O-7-71
POSTSCH. KTO-17093 K rbe
u. alle Verkaufsstellen
Zu verkaufen: gutbeh.
ei. Weitz m. Matr. 1
nuß. Herrschreibstisch,
1 Karzer 2-rdr. Feder-
wagen, 1 Wagenbe-
we, wie neu, 12 cm. 6146
Hofstraße 21

Gewerkschaftliches

„Die Studentenschaft organisiert freiwillig Arbeitsdienst“

Der Deutsche Landarbeiterverband, Bezirk Karlsruhe, schreibt uns:

Unter dieser Schlagmarke lesen wir in der Nr. 139 des Badischen Staatsanzeiger vom Donnerstag den 18. Juni d. J., daß die badischen Studentenschaften schon Anfang dieses Jahres ein „Studentisches Amt für Arbeitsdienstkolonien in Baden“ gegründet haben. Als Zweck wird angegeben, den freiwilligen Arbeitsdienst nicht nur zu propagieren, sondern auch praktisch durchzuführen.

Interessant ist die geplante Zusammenfassung dieser Arbeitsdienstkolonien und zwar 40 Prozent Studenten, 35 Prozent Arbeitslose und 15 Prozent Jungbauern. Löhne oder Gehälter werden nicht bezahlt, hingegen soll eine ausreichende Verpflegung und ein kleines Taschengeld (?) gewährt werden. Natürlich sollen diese „freiwilligen“ in der Landwirtschaft beschäftigt werden.

Sehr interessant ist die Mitteilung, daß diese Einrichtung von zahlreichen Körperschaften unterstützt wird und von der Landwirtschaftskammer und dem Landesarbeitsamt finanziert werden soll. Ob die christlichen Gewerkschaften diese Absicht ebenfalls unterstützen, wissen wir nicht. Jedenfalls aber hat der Deutsche Landarbeiterverband, entgegen der Behauptung in dem fraglichen Aufsatze im Badischen Staatsanzeiger, von der Sache bisher weder irgend etwas gewußt, noch hat er durch einen Beitritt oder sonst etwas ähnlichem seine Hilfsbereitschaft bekundet. Das sollte uns in Baden gerade noch, in einer Zeit, wo tausende von arbeitswilligen Volksgenossen arbeits- und drohlos sind, der Landwirtschaft gegen Verpflegung und ein kleines Taschengeld, billige und willige Arbeitskräfte zuzuschauen. Was die Studenten in ihrer freien Zeit treiben wollen, kann uns wirklich nichts sein. Ob man die Arbeitslosen nur gegen Verpflegung zur Arbeit treiben kann, möchten wir bezweifeln. Demen dies aber Soak macht, die werden wir nicht daran hindern können und wenn die Jungbauern so viel Zeit haben, um in Arbeitskolonien gegen die Verpflegung und ein kleines Taschengeld zu arbeiten, zeigt uns dies erst recht, daß ein Mangel an brauchbaren Arbeitskräften in Baden nicht vorhanden ist und wir werden noch viel mehr als wie dies bisher geschehen ist, die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte bekämpfen. Auf keinen Fall aber wird der Deutsche Landarbeiterverband eine Einrichtung unterstützen, welche geeignet ist, den noch Beschäftigten die an und für sich knappe Verdienstmöglichkeit noch weiter zu schmälern. Rdl.

Besprechung zur Arbeitsstreckung

Untragbare Vorschläge

Ueber die bereits gemeldete Besprechung im Reichsarbeitsministerium zwischen den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die zu erlassende Durchführungsverordnung zur Frage der Arbeitszeitverkürzung wird noch berichtet:

Der Entwurf sieht eine Kürzung des Gehalts oder des Lohnes im vollen Umfange der Arbeitszeitverkürzung vor. Bei einer Herabsetzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden könnten also die durch Lohnabbau und Krisensteuer bereits geschmälereten Einkommen noch einmal um ein Sechstel gekürzt werden. Dagegen ist in dem Entwurf für die Durchführungsverordnung eine Verpflichtung der Arbeitgeber zu Neueinstellungen entsprechend der Arbeitszeitverkürzung nicht vorgesehen.

Ueber die Frage der Lohnkürzung kam es zu einer sehr lebhaften Aussprache. Die Gewerkschaften vertreten die Meinung, daß

den Arbeitnehmern nicht neben den bereits auferlegten Belastungen noch eine weitere Senkung des Einkommens um ein Sechstel ungenutzt werden

könne. Sehr lebhaft kam die Befürchtung zum Ausdruck, daß ohne Einstellungsverpflichtung die Arbeitszeitverkürzung ihren Zweck verfehle und nicht zu einer Verminderung der Arbeitslosigkeit, sondern lediglich zu einer Senkung der Löhne und Gehälter führe.

Das Reichsarbeitsministerium gab zu, daß die Kürzung des Einkommens vielfachen Bedenken begegne. Es wurde in Aussicht gestellt, daß vor der Herabsetzung der Arbeitszeit auch die Einkommenslage geprüft und, falls eine weitere Kürzung nicht mehr als tragbar erscheine, von der Arbeitszeitverkürzung ganz abgesehen werden solle. Nach den grundsätzlichen Auseinandersetzungen beschloß die Besprechung mit den technischen Einzelheiten der Durchführungsverordnung. Vor der Herabsetzung der Arbeitszeit in den einzelnen Gewerben sollen noch Besprechungen mit den Arbeitnehmern dieser Gewerbe stattfinden. Für verschiedene Gewerbe sind Einladungen zu derartigen Besprechungen bereits ergangen.

Fabrikarbeiter und Krise

Krisenzeiten sind Prüfsteine des Vertrauens. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, dessen Gesamtergebnis in Form des Jahresberichts 1930 jetzt erschienen ist, hat die Vertrauensprüfung im Krisenjahr 1930 glänzend bestanden. Gewiß konnten die Krisenwirkungen nicht spurlos an ihm vorübergehen. Sie sollte das auch möglich sein in einer Arbeitsmarktskrise, in der im Jahresdurchschnitt 35 Prozent der Mitglieder arbeitslos waren oder verfristet arbeiteten, in der die Betriebskollapsungen sich jagten in der Betriebskonzentration und Nationalisierung die Zahl der Arbeitsplätze ungenauer vermindert habe.

In den Betrieben der J. G. Farbenindustrie A.-G. kamen im Laufe des Jahres 1930 circa 15 000 Arbeiter zur Entlassung. Ende 1930 waren in dem größten Unternehmen der deutschen chemischen Industrie nicht mehr Arbeiter und Angestellte beschäftigt wie Anfang 1925. Von Anfang 1929 bis Anfang 1931 ist die Zahl der in den Betrieben der J. G. Farbenindustrie A.-G. Beschäftigten Arbeiter um circa 31 000, die Zahl der Angestellten um circa 4 000, also insgesamt um 35 000 zurückgegangen.

In anderen Betrieben der chemischen Industrie vollzog sich eine ähnliche Entwicklung. In 11 chemischen Betrieben des Reichsverbandes wurden im Jahre 1930 circa 7 000 Arbeiter weniger beschäftigt als zu Anfang des Jahres und in der Gummi-Industrie Wankheim's circa 600 Beschäftigte. Im Bezirk Frankfurt a. M. wurden in der chemischen Industrie circa 5 000 Beschäftigte abgebaut, davon allein in einer Kunstseidenfabrik circa 1 300, in der Gummi-Industrie 900.

In den Continentalen Gummiwerken A.-G., Hannover, ging die Zahl der Beschäftigten 1930 von 17 000 auf 13 000 zurück. Am Ende 1924 beschäftigte die gleiche Gesellschaft laut Geschäftsbericht allein 14 483 Arbeiter und Angestellte. Seitdem hat die „Conti“ ein halbes Duzend Unternehmen, darunter einige der bedeutendsten deutschen Gummiwerken, aufgenommen die insgesamt annähernd 8-9 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigten. Ende 1930 waren annähernd 9-10 000 Arbeiter und Angestellte in den Betrieben der Continentalen Gummiwerken weniger beschäftigt als 1924.

Die internationale Betriebskonzentration in der Eisenindustrie hat dazu geführt, daß 1930 zwei große Betriebe, das West-Hansa in Dörmbeck und das West-Capena in Hülsefeld wurden still. Außerdem wurden auch noch in den arbeitenden Betrieben die Beschäftigten erheblich verringert, allein in dem West-Betriebsverein um circa 450. In dem größten deutschen Papier- und Cellulosekonzern, in der Feldmühle A.-G., sank die Zahl der Arbeiter im Jahre 1930 um circa 1200. Entlassungen und Entlassungen auch in der Zündholzinindustrie infolge der Einführung des Zündholzmonopols. In der

Stiegeindustrie arbeitete nur ein Bruchteil der sonst beschäftigten Arbeiter. In der Zement- und Kalkindustrie waren im Vorjahre 7-8 000 Arbeitskräfte weniger beschäftigt. In Mitteldeutschland wurde die Zementfabrik Gölchow als Folge der Stilllegung mit der Schiffschiffen Portland-Zementindustrie A.-G. stillgelegt; 350 Arbeiter wurden entlassen. Auch die Mitglieder des gelben Werkereis haben die „Volksgemeinschaft“ ihrer Unternehmer zu spüren bekommen. Nicht besser war die Beschäftigungslage in der Feinkeramik und in der Glasindustrie. Allein im Bezirk Niederrhein wurden 5 Betriebe der Glasindustrie mit 1 400 Arbeitern stillgelegt, hauptsächlich als Folge der Gründung des Fischerkombinats. In der feintextilen

Zwischen den zuständigen Ressorts der Reichsregierung und den Länderregierungen fand eine Besprechung ebenfalls über die Frage der Arbeitszeitverkürzung statt.

Saisonmäßige Entlastung des Arbeitsmarktes

Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1.-15. Juni hat die Entlastung des Arbeitsmarktes in der ersten Hälfte des Monats Juni weitere Fortschritte gemacht. Die Bewegung hat sich zwar verlangsamt, war aber günstiger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen, die am 31. Mai rund 4 053 000 betrug, ist am 15. Juni auf rund vier Millionen zurückgegangen. In der Arbeitslosenversicherung hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um mehr als 100 000 abgenommen und lag am 15. Juni bei rund 1 476 000. Die Zahl der Krisenunterstützten hat, wenn auch unerheblich, zugenommen, und zwar um rund 4000 auf rund 933 000. Wenn auch die Entlastung im wesentlichen durch Saisonaußenberufe getragen wird, so ist doch in den übrigen Berufsgruppen eine weitere Aufnahme der Arbeitskraft erfolgt. Die Arbeitsämter konnten in den meisten Bezirken eine lebhaftere Vermittlungstätigkeit entwickeln, und zwar vor allem für die Landwirtschaft. Weitere Anmeldungen ergaben sich infolge größerer Intuition, die sich z. B. im Baugewerbe und den konsumtiven Industrien in zahlreichen Aufträgen für kurzfristige Betätigungen ausdrückte, sowie ferner aus der Nachfrage einzelner auf beschäftigter Industrieweise nach Ausbildafräften. Der Arbeitsmarkt der Angestellten hat im Laufe des Monats keinen weiteren Rückschlag erlitten. Im Juni konnte jedoch der erreichte Tiefstand nicht völlig aufgeholt werden.

mischen Industrie Nordbayern war die Zahl der Beschäftigten um 5 000 geringer als im Vorjahre.

Angefaßt der Wirtschaftskrise, die hunderttausenden Verbandsmitglieder den Arbeitslosigkeit raubte, ist es kein Wunder, wenn die Mitgliederbewegung einen Rückschlag aufweist, den zu verhindern auch der intensivsten Herberbeit nicht möglich war. Immerhin ist der Rückschlag gemessen an der Schwere der Wirtschaftskrise, nicht groß. Dem Mittelberichtsbericht von 474 000 des Vorjahres steht eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 456 000 im Jahre 1930 gegenüber bei einer durchschnittlichen Beitragsleistung von 48,6 Beiträgen im Jahr. Ein Teil des Mittelberichtsberichtes ist auch auf die Auswirkung der abgeschlossenen Karriereverläufe zurückzuführen. Einige Zahlstellen, wie Köln, Gießenheim, Gießen, Gießenheim usw. weisen auch trotz der Krise Mitgliederzunahmen auf.

Auch in der Wirtschaftskrise hat der Fabrikarbeiterverband die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der Arbeiterschaft mit Erfolg verteidigt.

Für einen Teil der Mitglieder konnten im Krisenjahr 1930 noch Lohn-erhöhungen durchgeföhrt werden. Wenn der Lohnabbau im Bereich des Fabrikarbeiterverbandes bis zum Jahresende fast überall verhindert, der Tariflohn gehalten werden konnte, so ist dies als nicht geringer Erfolg zu werten. Nur in einigen kleineren Bezirken der wirtschaftlich schwer betroffenen Glasindustrie und in der Glasindustrie — auch dort beunruhigt von der schlechten Wirtschaftslage konnte von den Unternehmern ein geringer Lohnabbau durchgeföhrt werden. In allen übrigen Industriezweigen fehlte der Abbau der Tariflöhne erst im Frühjahr 1931 ein. Als ersten größeren Erfolg der gewerkschaftlichen Bestrebungen auf Arbeitszeitverkürzung zur Milderung der Krisennot gelang ihm die Einführung des Sechs-Stunden-Schicht in der Zellulose in Garmburg und auch in anderen Orten.

Die Verbandsfinanzen blieben von den Krisenwirkungen nicht verschont. Die Gesamteinnahmen der Haupt- und Nebentafeln betragen 22 109 832 RM., davon an Beiträgen 20 139 638 RM., gegenüber dem Vorjahre mit 21 988 750 RM., ein Rückgang von circa 8 Prozent. Der Rückgang ist lediglich eine Folge der großen Erwerbslosigkeit. Der Durchschnittsbeitrag der in Arbeit stehenden Mitglieder, der sogar eine kleine Steigerung erfuhr. Die Gesamtausgaben haben sich erhöht, jedoch waren Einzelbeiträge in den Vermögensbeständen nicht notwendig. Außer dem Erwerb des Beitrags in Hannover, ist die Steigerung der Ausgaben ausschließlich auf die Erhöhung der Unterhaltungsausgaben zurückzuführen. Im Krisenjahr 1930 hat der Fabrikarbeiterverband insgesamt 11 052 003 RM. Verbandsunterstützung aus der Haupt- und Nebentafeln geleistet, davon Erwerbslosen- und Ausgesperrtenunterstützung 9 066 410 RM. Die Zahl der Unterstühten, die am 1. Januar 1930 in Kraft trat, erforderte 1 154 733 RM. Unterstüht wurden am Schluß des Jahres circa 13 184 monatliche Mitglieder, 35 Prozent der Gesamteinnahmen an Beiträgen oder 79 Prozent der Gesamteinnahmen der Haupttafel aus Beiträgen stoffen den Mitglieder als Unterstühtungen zu.

Das 1. Quartal 1931 brachte mit über dreieinhalb Millionen RM. Unterstühtungen noch größere Anforderungen. Seit Beendigung der Unterstützung bis zum Frühjahr 1931 hat der Fabrikarbeiterverband insgesamt

über 48 Millionen RM. Verbandsunterstützung an seine Mitglieder geleistet. Auch der Sturm der Wirtschaftskrise konnte die gewerkschaftliche Kraft des Verbandes nicht erschüttern.

„Das Hakenkreuz in England“

Ein nationalsozialistischer Reizfall

Unter dieser Ueberschrift meldet die nationalsozialistische Zeitung Der Tag in Wuhia (Tschschowowak) folgendes:

„Erfreulicherweise macht die nationalsozialistische Bewegung auch in England ungeheure Fortschritte. Der Siegesszug der Hakenkreuzbewegung in England ist unaufhaltsam. Sie besitzen dort ein eigenes Parteiblatt, die Sunday Express mit dem Hakenkreuz am Kopf des Hattes. Hervorragende Mitglieder der deutschen Mutterpartei wurden zu Vortrügen nach England bereits eingeladen. Dr. Goebbels wird für Juli in London erwartet, trotzdem die jüdische Hochfinanz alle Anstrengung macht, sein Auftreten zu vereiteln. Er wird im Hotel Zail, Old Bailey, absteigen und vom Reichs-Executioner persönlich empfangen werden. Das Festarrangement ruht in den Händen der Parlamentarier W. Burslar und B. W. Scoundrel. Das Wölferwachen beginnt!“

Wie jedes englische Wörterbuch lehrt, ist: jail = Zuchthaus, Old Bailey = Kriminalgericht, chief executioner = oberster Schlichter, Burslar = Einbrecher, scoundrel = Schurke.

Nach diesem Empfang des Herrn Dr. Goebbels kann man mit Sicherheit sagen: „Das Wölferwachen beginnt.“

Wiener Hochschule geschlossen

Wien, 23. Juni. Im Zusammenhang mit Unruhen, die heute zwischen den Studenten an der Universität und den Hochschulen entstanden sind die Universität und die Hochschulen bis auf weiteres geschlossen worden.

EMPFEHLENSWERTE SPEZIAL-FIRMEN

AUGUST SCHAIER
 Karlsruhe / Gegründet 1875
 Fabrik: Roonstraße 24
 Lagerplatz: Klauerechtr. 9
 Fernsprecher 435

Fenster-, Türen- und Möbelfabrik / Glaserel
 Schaufenster-Anlagen / Laden-Einrichtungen

KARTELLFREI (zu reduzierten Preisen)
Kohlen, Koks, Briketts

liefert zu billigsten Preisen

MENZINGER-FENDEL
 Transportgesellschaft m. b. H.
 Kohlen-Abteilung
 Karlsruhe-Rheinhafen
 Telefon 5883, 4667 u. 4668

Arbeiter, Angestellte u. Beamte!
 Die eigenen Betriebe der Genossenschaften
 und der von diesen gebildeten Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine
befreien uns vom Preiszwang
 der Kartelle und Syndikate. Deshalb muß
Jeder Werktätige einer Konsumgenossenschaft beitreten
 und insbesondere die nur hier erhältlichen Erzeugnisse mit der Marke **GEG** wählen.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, e. G. m. b. H.
Bezirkskonsumverein Baden-Baden, e. G. m. b. H.
Bezirkskonsumverein Bretten, e. G. m. b. H.
Konsumverein für Durlach und Umgegend, e. G. m. b. H.

KÜHLSCHRÄNKE KÜHLANLAGEN



ausgerüstet mit

ROT-SILBER-KÜHLAUTOMAT AS
 Hermetisch geschlossen
 Keine Explosions-Gefahr
 Kein Gasentweichen

Praktisch unbegrenzte Lebensdauer
 kein Nachfüllen von Öl u. Kältemedium
 selbsttätige Regelung d. Kälteerzeugung

BROWN, BOVERI & Cie. A.G.
MANNHEIM
 Abt. Kälte-Maschinen

Genossen, Genossinnen! Beachtet die Anzeigen im Volksfreund und tätigt darnach Eure Einkäufe



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

24. Juni.

1916 Beginn der Sommerfrucht. — 1919 Aufrühr in Hamburg. — 1920 1. Sitzung des 1. republikanischen Reichstags. — 1922 Ermordung W. Rathenau. — 1923 Sprengung der Los-Druckerei in Münster (Nationalisten). — 1928 Forchster Filchner kehrt zurück. — 1928 Der Brand stabilisiert.

20 jähriges Mädchen vom 4. Stock in den Hof gestürzt

Beim Rettungsversuch wird ein Mann schwer verletzt

Ein schwerer Unfallsfall ereignete sich am Dienstag abend um 5 Uhr in der Waldhornstraße. Vom 4. Stock des Hauses Waldhornstraße 21 stürzte ein 20jähriges Mädchen, wohnhaft in der Bachstraße, in den Hof des Hauses. Ein Geschäftsmann, namens Bader, der das abstürzende Mädchen auffangen wollte, wurde durch den wuchtigen Aufprall des Mädchens niedergeschlagen und erlitt dabei selbst eine schwere Oberkieferverletzung, so daß er mit dem abgestürzten Mädchen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Die Abgestürzte selbst erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Neben Brüchen der Wirbelsäule wurde auch ein Beckenbruch festgestellt. Die Ursache des Unfalls konnte noch nicht festgestellt werden.

Bezirksratsitzung

vom 23. Juni 1931

Der Bezirksrat als Verwaltungsgericht erledigte in seiner heutigen Sitzung 10 Klagen der Bezirksfürsorgeverbände gegeneinander wegen Erhaltung von Fürsorgekosten. Sämtlichen Klagen wurde, bis auf eine, die abgelehnt wurde, stattgegeben.

Der Feststellung und Aenderung der Straßen- und Baufluchten der Gemeinde Welschnieurt innerhalb des Orts und zwischen dem Ort und der Stadt Karlsruhe wurde zugestimmt. Ebenfalls zugestimmt wurde der Feststellung der Bau- und Straßenfluchten auf dem ehemaligen Neureuter Exerzierplatz (Schäfergilde) für Lab. Nr. 3803 bis 3823 nach Maßgabe der vorgelegten Pläne.

Genehmigungen fanden folgende Konzessionsgesuche: des Hermann Riez in Karlsruhe-Westheim zum Betrieb der Gastwirtschaft zum Bodischen Hof, Marie-Maximilians-Straße 3, des Karl Walter zum Betrieb eines Tagelageres mit Ausschank alkoholfreier Getränke im Hause Mathysstraße 26, des Robert Mauer hier zum Betrieb der Schankwirtschaft zum Billfischer, Baumeisterstraße 54, des Karl Rudolf Neß hier zum Betrieb der Realshankwirtschaft zu den drei Mühlen, Hans-Thoma-Straße 9, des Fritz Demmow in Rintheim zum Betrieb des neuerrichteten Kaffees mit Ausschank alkoholfreier Getränke im Haus Weinweg Nr. 2, des Karl Günther in Durlach zum Betrieb der Realshankwirtschaft mit Branntweinschank zum Kranz, Hauptstraße 39, des Hermann Schöndelmeier hier zum Betrieb der Schankwirtschaft zur Tanne, Körnerstraße 1 (Verleugung), der Käthe Eisele hier zum Betrieb der Schankwirtschaft zum Kellergarten Kaiseralle 23 (Verleugung), des Karl Wilhelm hier zum Ausschank von Milch und alkoholfreien Getränken im Stadt-Schwimm- und Sonnenbad Rheinbaden, des Otto Grüner hier zum Ausschank alkoholfreier Getränke in dem Verkaufshäuschen in der Dorlandstraße bei der Jübi, Uferstraße, des Oskar Weber zum Kleinhandel mit Branntwein im Hause Waldstraße 66 hier, ebenso der Leo Müller Ehefrau zum Kleinhandel mit Branntwein in dem Hause Adlerstraße 22 hier, des Friedrich Knecht in Büchsig zum Betrieb der Realshankwirtschaft zur Krone, des Robert Reichenbader in Söllingen zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zum Hirschen, Hauptstraße 24.

Abgelehnt wurde das Gesuch des Otto Selter in Durlach um Erlaubnis zum Betrieb einer in seinem Hause Auer Straße 64 zu errichtenden Schankwirtschaft mit Branntweinschank.

Dem Betrieb der Verbandsabteilung hier Umlagefestsetzung für das Rechnungsjahr 1931 wurde zugestimmt.

Verchiedenen Gemeinden wurde die Auflage erteilt, gemäß § 9 Absatz 4 der Gemeindeordnung ihre Gemeindeordnungspläne innerhalb vier Wochen ordnungsmäßig zur Staatsgenehmigung vorzulegen, während die Einführung der Gemeindeabgabensteuer und Bürgersteuer in verschiedenen Gemeinden abgelehnt wurde. Genehmigungen fanden weiter die Feststellung des Gemeindeordnungsplans für 1931 der Gemeinde Linfenheim und Welschnieurt; des Gemeindeordnungsplans für 1931 mit Gemeindeabgabensteuer für Späd; der Gemeindeabgabensteuer für Forchheim sowie der Genehmigung einer Kapitalaufnahme für Tilgungsplan für Stupferich wurde zugestimmt. Der Gemeinde Eagenstein wurde die Genehmigung einer Satzung für die Dienstverhältnisse der Gemeindeangestellten erteilt. Die Aenderung der Gemeindeabgaben für Söllingen sowie des Abhörbezirks für die 1928er Gemeinde- und Elektrizitätsrechnung für Graben, ebenso des Abhörbezirks für die 1927/28er Rechnung der Wasserwerkverwaltung der Alt- und Pfinsbochene fanden Zustimmung. Beka.

Der Zigarettenpapier-Schmuggel an der badisch-elässischen Grenze

Zu den kürzlich gemeldeten Verhaftungen in der Zigarettenpapier-Schmuggelaffäre, bei der die Hauptbeteiligten aus Karlsruhe und Durlach stammen, berichtet der Badische Beobachter noch folgende Einzelheiten: „Der Zigarettenpapier-Schmuggel, den die Zollabhandlungsstelle Karlsruhe vor einiger Zeit an der elässisch-badischen Grenze aufgedeckt hat, stellt hinsichtlich der geschmuggelten Menge von Zigarettenpapier einen Rekord für ganz Deutschland dar. Nach den Berechnungen der Zollabhandlungsbehörde handelt es sich hier um eine geschmuggelte Menge von weit über 150 000 Bänden Zigarettenpapier. Wie nun feststeht, war der Schmuggel sehr großzügig organisiert und wurde hauptsächlich mit Automobilen ausgeführt. Die Beschuldigten, etwa 20 Personen aus Baden, Württemberg und der Pfalz, haben seit Monaten wöchentlich zweis bis dreimal bei Weisenburg und Neulauterburg über die pfälzische und bei Sels-Willersdorf über die badische Grenze große Mengen Bänder Zigarettenpapier der französischen Firma „Job“ unter Hinterziehung der Zollabgaben und Steuerabgaben eingeführt. Sie haben das Papier zum größten Teil selbst in süd- und mitteldeutschen Städten verkauft. Das Zigarettenpapier wurde zum größten Teil in zu diesem Zwecke angefertigten Zwischenbehältern der Karosseriewände untergebracht. Die Autoführer waren stets als Herrenfahrer gekleidet und zeigten weltmännische Mienen, so daß den Zollbeamten nicht das geringste auffiel, um so mehr, als sie sich meist drei bis vier Tage über der Grenze aufhielten, so daß man annehmen konnte, sie hätten eine drei- bis vierstägige Geschäftsreise unternommen. Der Schmuggel muß für die Beschuldigten sehr gewinnbringend gewesen sein, denn sie sollen das Zigarettenpapier in größeren Mengen erhandelt haben und dadurch für 1000 Bänder nur 25 bis 28 Mark bezahlt haben. In Deutschland kosten sie die Bänder für 150 bis 180 Mark ab (der reguläre Preis in Deutschland ist im Grobhandel 220 Mark für 1000 Bänder), so daß sie die Ware reichlich los wurden. Es besteht die begründete Vermutung, daß sich die Menge der geschmuggelten Ware vielleicht um das Doppelte erhöht. Einmal Tages erlitt einer der Schmuggler unmittelbar an der Grenze bei Neulauterburg einen Unfall. Infolge Verlangens der Steuerung fuhr ein anderes Auto dem Schmugglerwagen in die Flanke, so daß dieser erheblich beschädigt

Parade der Badehosen

Laßt Badehosen sprechen. Im Familienbad, wo sie paradien, ist unser Auge entzückt von der wundervollen Anatomie der einzelnen Träger. In allen Farben krabbeln sie im Gras, liegen sie im Wasser oder auf dem heißen Sand, denn Baden ist gesund. Der Mensch wird braun dabei und freut sich wie ein König, wenn



Parade der Badehosen

Schwimm-Unterricht zu Hause

„So! Die Grundregeln häß ich dir beigebracht. Nun werd ich dir mal nen Eimer Wasser über den Kopf schütten!“

die andern die knusperige Haut bewundern und neidvoll an die schöne „Italienreise“ denken, die der Gedrängte an dem Teich erlebt hat.

Man muß nur etwas Courage haben. Und was kann denn weiter passieren? Ich habe soeben einen Hechtsprung auf einen Sandhaufen gemacht und dadurch müde los ist mein Leben gerettet. Ich fiel sogar sehr weich, was sich dann später allerdings als ein umfangreicher Bierbauch herausstellte, den kein Vestier mit vorbildlicher Raffinerie vergraben hatte. Was er gesagt hat, ist mir bei der Hitze entgangen. Es hat so ungefähr wie „Doldi“ geklungen. Ich habe dem Diden nachgesehen, als er mit seiner knallroten Badehose wie ein beleidigtes Nilpferd durch den Urwald stapfte. Am Strand blieb er stehen und spreizte die Arme. Zwei hübsche Damen, die hinter ihm standen, ließen einen herfürigen Entschluß in ihm reifen. „Obacht, jetzt mach ich einen Sprung!“ brüllte er mit Stentorstimme und dann gab es einen mächtigen Plumpser, worauf sich das Wasser in zwei Hälften teilte. Leider hatten die Damen kein Interesse für Iowas, keinen Blick für den Mut eines Mannes, der einmal zeigen wollte... aber wozu noch Worte. Der Dide tat das beste, was er machen konnte: er rief sich den gerollten Bauch, schmeuste sich, verließ das knietiefe Wasser und vergab seinen getränkten Körper wieder in den Sand.

Nein, Schwimmen ist die Hauptsache. Wer es noch nicht kann, der lerne es, wie jene Dame, die sich in Froschbewegungen am

Wasser übte. Kavaliere gibt es genug, die dann gerne die weitere Ausbildung übernehmen, besonders wenn es eine propere Schullehrerin ist, die — na, sagen wir — Sols vor der Türe hat. Ich habe sie schreien hören und aus dem strahlenden Gesicht des Lehrmeisteres geschlossen, daß er mit der Durchführung der Tempis zufrieden ist. „Drück mich nicht so sehr!“ schrie sie immer wieder, „ich bekomme ja keine Luft!“ — „Dalt mich — ich — erstide!“ — „Seine spreizen! Tempo eins — zwei — drei — — —“

Ein Hals voll Wasser erstikte vorübergehend ihre Stimme. Wie leicht daß sich ihr Magen auf die andere Seite drehte, denn sie kam aus dem Spucken nicht mehr heraus — und das Wasser schmeckte



Bierdimpflin Bad

„Da Mite, hol noch nen Krug Bier — pah aber auf, daß sie nicht wieder so schlecht einsehenken, — du weißt, ich bin Herzkrank und würde mich zu stark aufregen!“

nicht schlecht. Schlecht hat sie ihm doch eine Obreise geschickt und die Verlobung noch im bauchhohlen Wasser aufgelöst. „Dann steig mir den Bude! raus!“ waren seine letzten Worte. Zwei Beine — zwei Hinterbeine an der Wasserfläche — und weggeschwimmt war er.

Ob sie das Schwimmen noch lernt? Du lieber Himmel. Sie wird halt eine unglückliche Weib haben und wieder allein Froschbewegungen am Balken machen müssen.

Es geht eben nichts über ein Familienbad!

(Text und Zeichnung von Karl Stoye, Nürnberg.)



Schinkenklappen

Ein lustiges Unterhaltungsspiel im Familienbad.

wurde. Als er abgehleppt werden sollte, kamen plötzlich tausende von Zigarettenpapierblättern zum Vorschein. Dadurch gelang es der Schmuggelaffäre auf die Spur zu kommen. Die Ermittlungen in dieser Angelegenheit sind außerordentlich schwierig und noch nicht abgeschlossen.

Nur 20 Pfg.

(nicht 30 Pfg. wie gestern irrtümlich gemeldet) beträgt das Eintrittsgeld auf den Platz der Freien Turnerschaft anlässlich des Tages der Arbeit am 5. Juli 1931. Bedenke sich jedermann diesen Tag für den Besuch des Festes frei. Der „Tag der Arbeit“ muß ein richtiges Volksfest werden.

Erwerbslose zahlen nur 10 Pfennig

Die Karten sind unter Vorzeigung der Erwerbslosenkarte in der Volksfreundbuchhandlung, Zigarettenhaus Töpfer, Kriegsstraße, und Hausaltersgeschäft E. Sörmann, Georg-Friedrichstraße 32, zu haben.

Am 5. Juli werden keine Karten mehr für Erwerbslose ausgeben. Die Erwerbslosen werden ersucht, die Karten frühzeitig einzudecken.

„Die Sozje sein Schuld!“

So klagt es heute überall dem Funktionär entgegen, wo er sich mit den politisch Indifferenten, Kozis und Nazimitäler, über das heutige politische Geschehen in eine Auseinandersetzung einläßt. Man kann diese „Sozjetresser“, so schreibt uns ein Funktionär, in zwei Klassen einteilen. Die eine Klasse, das sind die, die nicht fähig sind von heute auf morgen zu denken, die nicht wissen, daß wir den Krieg verloren, daß die Sozialdemokratie noch nie die Mehrheit im Reichstag hatte, und daß sie deshalb nie in der Lage war, die Belange der Arbeiterklasse im sozialistischen Sinne zu gestalten. Ferner, daß die Sozialdemokratie in ihrer heutigen parlamentarischen Stärke nicht die Auswirkungen der Dummheit der deutschen Wählerschaft vom 14. September 1930 in der heutigen Reichspolitik ungeschehen machen kann usw. Diese Kategorie wird man durch geistige Antworten bald zum Schmeien bringen.

Die andere Klasse, das sind erfens einmal die mit dem Geld der Schwerindustrie ausgeschalteten, den Reichslügenverband zweiter verbesserter Auflage darstellenden Nazis, und die mit der russischen

Sowjetprize gegen alles objektive Denken und Handeln immer gemachten Kozis. Diese wissen wohl, daß man zum politischen Rollen und Vollbringen auch die politische Macht haben muß. Bei diesen politischen Brunneneraitäten, die wissen, daß sie säßen und verleumden, weil sie dadurch nur Erfolge erzielen können, ist jedes Wort zwecklos, alle Tatsachen sind für sie Luft, wenn ihre gemeine Balise zu laufen beginnt. Diese wissenschaftlich klugen aufklären zu wollen, hieße Gulen nach Widen traen. Aber als Sozialdemokraten und Republikaner müssen wir uns mit allem Ernst dagegen verwahren, daß Staatsbeamte im Dienst im Verkehr mit dem Publikum mit den gleichen Argumenten Politik zu machen versuchen.

Von einem mit normalem Denkvermögen ausgestattetem mittleren Beamten sollte man wenigstens erwarten, zu wissen, daß durch die Haltung der Sozialdemokratie der Staatsbankrott und die viel schlimmeres und damit vielleicht auch die Vernichtung des Reiches der Herren Beamten verherbt worden ist. Von einem republikanischen Beamten muß unbedingt verlangt werden, daß er in seinem politischen Handeln ehrlich ist und nicht im Dienst, im Verkehr mit dem Publikum, mit den gleichen Methoden Politik macht wie die Nazis und Kozis. Die Aufsichtsbehörde sollte hier ein strengeres Auge haben und durch ihre Tolerierung dieser Dinge mit dem Ansehen erweisen, als sei sie ihrer Pflicht gegenüber der heiligen Staatsautorität nicht ganz bewußt. (Dw. in der Mannheimer Volksstimme.)

(.) Todesfall. Nach kurzer Krankheit ist dieser Tage Geb. Oberregierungsrat Dr. David Mayer im Alter von 76 Jahren an Herzschwäche gestorben. Der Dahingegangene, ehemaliger Präsident des Oberkirchenrats der Israeliten, daß sich durch seine philanthropischen Taten vor allem beim Friedrich-Luigi-Solips in Bad Dürkheim einen allseits geliebten Namen erworben.

Badisches Landestheater. Die von Josef Krips musikalisch geleitete und von Viktor Fruha in Szene geleitete Neueinführung der „Salome“ von Richard Strauss gelangt am Mittwoch, dem 24. Juni, mit Ellen Winter in der Titelpartie in eine glückliche Aufführung. Ferner wirken in den Hauptpartien die Damen Schöpplin und Strad mit. Der Salome-Tanz wurde von Josef Füllmann einstudiert. Das Bühnenbild entwarf Leopold

Nur 3 Tage **Donnerstag** **Freitag** **Samstag**

Reste

In Wolle und Baumwolle, Seide und Waschseide, Weißwaren

auf Extra-Tischen ausgelegt!

Alle angesammelten Reste und Coupons, darunter viele Hochsommer-Druckstoffe, verkaufe ich während dieser Tage

enorm billig!

Bademantelstoffe, Bade-Anzüge und Mäntel zu Sonderpreisen

Carl Schöpf

5, 7, 9 Uhr

Resi

Lichtspiele T. 5111
Waldstr. 30

Ab heute der beste Film Amerikas:

U 13
U 13
U 13
U 13

Besten Volksfreund

KAMMER LICHTSPIELE

Heute und folgende Tage:

Wiener Liebschaften

(Sind da nicht eben das Glück vorbei?)
Ein Tonfilm-Schwank mit allerlei galanten Abenteuern
In d. Hauptrollen: Georg Alexander, Betty Bird, Lutz Lanning u. a. m.

Als zweiten Schläger:

Pat u. Patachon die lustigen Vagabunden

7 Akte von junger Liebe und alten Sachen

Salprogramm
Anfang: 8.30, 6.15, 8.10 Uhr
Letzter Hauptfilm 9.20 Uhr

Breithörte, beidgl. - Junges Ehepaar sucht
nahmehr. 2-bis 3-Zim- 1- od. 2-Z.-Wohnung
mer-Wohnung in D- oder Weidenfeld gesucht
Kunze, m. Preis unt. 100
6062 an d. Volksfreund.

Chauffeur, berbf
erf. Reuan, Ref. und
lang. Fahrpr. im Ju-
u. Ausl. sucht Stellung
Ju. erf. unter Nr. 808
im Volksfreund.

Ein Posten
Damenkleider 1.95
von RM.
**L. Pistiner Kaiser-
straße 24**

Von der Reise zurück
Augenarzt Dr. Dorf
Rastatt

Amtliche Bekanntmachungen

Das Konkursverfahren über das Vermögen
I. des Gustav Weber, Bauunternehmer, 2. des
Valentin Weber, Baumeister, beide in Karlsruhe-
Darlheim wurde nach Abhaltung des Schluß-
termins aufgehoben. Karlsruhe, den 17. Juni
1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A. 8. 1269

Änderung der städtischen Bauordnung

Mit Zustimmung des Stadtrats und mit Voll-
ziehbarkeitsklärung des Herrn Landesbau-
aufsichters vom 10. Juni 1931 wird die Bauord-
nung für die Landeshauptstadt Karlsruhe vom
29. März 1912 wie folgt geändert:

§ 137.
In Landesbauordnung § 126 Absatz 1.
Die Baugesuche sind beim städtischen Tief-
bauamt in dreifacher Fertigung, bei Bauten,
die im Rheinbezirkgebiet ausgeführt werden,
beim städtischen Hygieneamt in fünffacher Fer-
tigung einzureichen. Die den Baugesuchen
gemäß § 126 der Landesbauordnung anzu-
schließenden Lagepläne müssen von der Ver-
messungsabteilung des städtischen Tiefbau-
amts, von einem badischen Vermessungsamt
oder von einem amtlich bestellten Geometer
geleitet und beurkundet sein, es sei denn,
daß die Baugesuche Umbauten im Innern
bestehender Gebäude betreffen und weder
Nachbarrechte berührt noch die bestehenden
Gebäudegrundflächen vergrößert werden.
Das Tiefbauamt wird in den Akten, soweit
erforderlich, vermerken:

1. Der Eigentümer des Bauplatzes ist.
2. ob die Angaben im Lageplan (§ 126 Ab-
satz 1a der Landesbauordnung) richtig sind,
3. wie breit der an dem Baugrundstück vor-
bestehende Gehweg ist,
4. welchen Flächeninhalt das Baugrundstück
hat,
5. ob die Straße, an der das Baugrundstück
liegt, hergestellt ist,
6. ob und in welcher Weise das Regen-
wasser und gewerbliche Abwasser, sowie
die Abfälle beseitigt werden können,
7. ob und wie für Entwässerung gesorgt werden
kann,
8. ob und welche Bauplast eingetragen ist.

Das Tiefbauamt hat die Akten sodann
umgehend an die Baukontrolle weiterzugeben.
Karlsruhe, den 23. Juni 1931. 1260

Der Oberbürgermeister.

Gaggenauer Anzeigen

Schadlingsbekämpfung.
Das Badische Weidbauinstitut gibt folgendes
Bekannt:
Wie wir voraussetzte, sind in der Zeit vom
9.—13. Juni in allen Weidbaukreisen größere
Beraubungsbrüche an nicht sorgsam oder
zu falschen Zeiten oder überhaupt noch nicht
gebrügten Weiden, sowohl an Blättern als
Leinweide auch an Weiden festgestellt worden.
Wenn auch die große Hitze am 14. Juni die
Fruchtbarkeit zum Stillstand brachte, so dürfte sie
mit ernstem Eintritt von Schmetterlingen
weiter um sich greifen. Um das zu verhindern,
müssen die Weiden sofort nach beendeter Blüte
erneut gebrügelt werden, wobei der Sprühstrahl
vor allem auch auf die Weiden zu richten ist,
damit die jungen Fruchtmotten vom Weiden
angeht werden können. Da kein Deiwurm
festgestellt wurde, kann man mit Kupferalkali-
brühe besprühen, wo dagegen Deiwürmer vor-
handen sind, sollte auch diese Weidung mit
arsenhaltigen Kupferbrühen erfolgen. Sobald
sich Weiden auch nur in Spuren zeigt, sofort
schweifen.
Gaggenau, 22. Juni 1931. 1268

Der Bürgermeister.
Schmelzer.

Das Bad in der Mischelbacherstraße mit
der neuen Wasserleitung ist ab Mittwoch, den
24. Juni d. J. geöffnet, an allen Tagen von
10—12 Uhr vormittags und von 13—20 Uhr
nachmittags für Erwachsene und nachmittags
von 13—16 Uhr zugleich für Kinder, jeweils
getrennt nach Geschlecht, und zwar Montags
Mittwochs und Freitags für weibliche Personen
und Dienstags, Donnerstags, Samstags und
Sonntags für männliche Personen. Die Ein-
trittspreise sind dieselben wie im Waldseebad.
Gaggenau, den 23. Juni 1931. 1267

Der Bürgermeister
Schmelzer.

Reste in Weiß- und Buntwaren **15** Pfg. von an

**L. Pistiner Kaiser-
straße 24**

BEI UNS

DER GROSS-VERKAUF

Der neue Beweis unserer Leistungsfähigkeit!

Betrachten Sie unsere SCHAUFENSTER
Betrachten Sie die QUALITÄTEN und PREISE
im Hause!

VERKAUFS BEGINN: HEUTE!

HERMANN TIETZ

KARLSRUHE

Weck bedeutend billiger!



nur noch 7.50 kostet die kom-
plette Steriliser-
einrichtung (Topf, Gläserhalter, Federn,
Thermometer u. ein kleines Lehrbuch)

Anerkante Verkaufsstelle:
HAMMER & MELBLING
KARLSRUHE 5089

Opel-Limousine,
4tör., neu überholt,
billig zu verkaufen od.
wegen Arbeit einzu-
tauschen. Adresse zu
erfragen unter Nr. 4965
im Volksfreund.

Rekord-Preise
in Bettwäsche und Trikotagen

1 Garnitur bestehend aus
1 Bezug | von RM. 4.25 an
1 Kissen |
1 Oberbettuch | von RM. 4.45 an
1 Kissen |

Hohlsaumbettücher
160/225 | von RM. 2.40 an
Kissen, 80/80 | von RM. .75 an

Damaste, 130 cm | von RM. .76 an
Hemdentuch, 80 cm | von RM. .26 an
Herren-Unterhosen | von RM. .98 an
Einsetzhemden | von RM. .85 an
Handtücher | von RM. .28 an
Gläsertücher | von RM. .10 an

**L. Pistiner Kaiser-
str. 24**

Billigste Bezugsquelle für
Wiederverkäufer

Ein OFFENES WORT AN ALLE
LUISE OTTO



VORBEUGEN NICHT ABTREIBEN
EIN RATGEBER FÜR MENN UND SOLCHE, DIE ES WERDEN WOLLEN

135. bis 145. Tausend. Erweitert und mit
Zeichnungen versehen. Preis 80 Pfennig.

Volksfreund-Buchhandlung
Waldstraße 28 * Fernruf 7020/21

Bersteigerung

eines hochherrschafflichen Grundstücks
Donnerstag, den 25. und Freitag, den
26. Juni 1931, vormittags 11 und 15 Uhr.
Stefanienstraße 59 II.

2 komplette Schlafzimmer (reiche hervorstechende
Schmuck- und Einlegearbeit), 1 reich ac-
centuiertes Speisezimmer, Sofa, einzelne Vor-
hänge, Kamin, Kaminofen, Kamin, ein-
fach, mit neuem, reichem Schloß und
Kamin, modernes Küchenzubehör, Platten-
herd, Marmorbühne, 2 engl. Park-Bänke, sowie
freihändig verarbeitete Gemälde usw. dar-
über Karl Böhm, Prof. Bild. Prof. Febr u. a. m.
erner Verteeppiche und Bräden in schön-
vollständiger Erhaltung darunter prächtige Stühle
und jeden schöne Qualität und Muster.
Die Zeichnungen kommen Freitag 3 Uhr zum
Ausgeben. Versteigerung von 10—11 Uhr an
den Versteigerungstagen.
Für Herrschaften, die bei der Versteigerung
nicht anwesend sein können, werden Aufträge
entgegengenommen.

Caiff's Versteigerungshalle
Karlstraße, Kreisstraße 84, Telefon 3300.

Konservatorium Post
Kaiser-Allee 14 (Elektr. Haltestelle Yorkstr.)

Prüfungs-Vorspiele

Freitag, 26. Juni Dienstag, 30. Juni
Freitag, 3. Juli Dienstag, 7. Juli

Beginn abends 7:30 Uhr. Programm dient
als Eintrittskarte. Preis 80 Pfennig.
In den Musikalienhandlungen Fritz
Müller und Franz Tafel, Kaiserstr.

Polladen- und Jalousienfabrik

Reparaturen fachgemäß und billigst

Fr. Karl Zimmerle
Karlsruhe

Fernsprecher 350 Gerwigstraße 36

Preisabbau!
Reinigung
Bohnen-
soße
Otto Stoll
Kaiserplatz

Möbl. Zimmer
mit elektr. Licht billig zu
verm. Schillerstr. 27, I. V. L.

Kinderwagen
blauer Rollen, fast neu,
billig zu verkaufen. An-
frage, 66, S. I.

**Hohele, Custom-
Smoking u. Frack-
Kleidung, fast neu, An-
frage, 66, S. I.**

Schöner Kinder-
stapfenstuhl wie neu bil-
lig zu verkaufen. Bei,
Kumboldstraße 10, I.

Ein Posten
Sommerjoppen 2.50 zum
RM. Aus-
suchen

**L. Pistiner Kaiser-
straße 24**